

Volksrecht

für Schlessen

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“ „Ausblick“ „Sozialistische Literatur-Anschauung“ „Für die Frauen“ „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 9141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, III. Breslau

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Millimeter für gewöhnliche Anzeigen aus Schlessen 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen außer Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienangelegenheiten, Stellenangebote, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Klein-Anzeigen 5 Pf. 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Der Prozeß gegen die Stahlhelmmörder.

Frankfurt a. D., 13. Dezember. (Fig. Drahtbericht.) In der Dienstag-Verhandlung im Arensdorfer Nord-Prozeß gab es zunächst eine Ueberraschung. Der bekannte Junker von Wlensleben, der Führer des Stahlhelms und des Werwols in Arensdorf, befand sich seit dem Beginn der Verhandlung im Zuhörerraum, um die einzelnen Zeugenaussagen persönlich zu kontrollieren. Die Vertreter der Nebenkläger hatten bereits am Montag mehrfach den Antrag gestellt, ihn als Zeugen zu vernehmen. Das Gericht hat diesen Antrag immer wieder zurückgeschickt, sobald der Junker während im Zuhörerraum verbleiben konnte. Am Dienstag wiederholten die Verteidiger ihren Antrag und stellten gleichzeitig an das Gericht das Ersuchen, durch Beschluß dem Wlensleben mitzugeben oder ihn auf andere Art zu veranlassen, den Zuhörerraum zu verlassen. Der Vorsitzende kam diesem Ersuchen nach und richtete tatsächlich an Herrn von Wlensleben eine entsprechende Forderung. Der Junker erklärte aber klaglos, sich einer solchen Bitte nicht zu fügen, da sie darauf hinausläufe, ihn von der Verhandlung auszuschließen. Das Schwurgericht mußte sich, da es sich nicht entschließen konnte, den Herrn als Zeugen zu laden, diese Brüstung gefallen lassen. Daraufhin ließ ihn der Vertreter der Nebenkläger, Rechtsanwalt Falkenfeld, direkt als Zeugen laden, sobald er jetzt noch Zeugen war, den Zuhörerraum zu verlassen.

Die Vernehmung der Arensdorfer Ortszeugen jog im übrigen sehr lange hin. Bemerkenswert war zunächst die Mitteilung eines Berliner Verwaltungsinpektors Winkler, der als Reichsbannermann allein von Berlin nach Frankfurt fuhr und auf der ganzen Strecke nirgends gestoppt wurde. In Zusammenhang mit dem Auto aus Erkner durchkam. Es wurde hier von einem älteren Manne beschimpft und mit Steinwürfen bedroht. Dann schloß die Landwirtschafter Weinberg, wie der 15jährige Hoffmann mit Wermolfsmütze auf dem Rade sitzenden Reichsbannermann Klemowicz mit dem Stod bedrohte, der Wermolfsmütze Jemke mit dem Stod des Hoffmann den Klemowicz von hinten über den Rücken schlug und die Reichsbannerleute vom Auto hinzugeeilt kamen, um ihren Kameraden zu befreien.

Im Verlauf der Vernehmung erklärte Hoffmann, er sei stolz auf den Werwolf und wolle bestimmt in ihn einsteigen. Einseitigen gehöre er ihm nicht an, weil er noch zu jung sei, aber er habe sich die Mütze vom eigenen Gelde gekauft, um damit zu paradiere. Er sei Mitglied des Junglandbundes und mache die Schießübungen des Junglandbundes und des Werwolf, die gemeinsam abgehalten werden ebenso mit, wie die gemeinsamen sportlichen Veranstaltungen. Leiter des Junglandbundes und des Werwolf sei ein Angehöriger des Herrn von Wlensleben. Hoffmann muß gestehen, daß er mit dem vorübergehenden Radfahrer Klemowicz einen Streit begonnen hat. Er erdete damit, daß er den Radfahrer mit dem Stod bedrohte. Hoffmann bestreitet aber, wirklich zugeschlagen und sich auch sonst der Prügelei beteiligt zu haben.

Jemke, der etwas älter ist als Hoffmann — etwa 20 Jahre — macht einen stupiden Eindruck und gibt an, daß er Mitglied des Werwolf war. Ein Hakenkreuzer habe ihn wenige Tage vor der Morbidat anlässlich eines Besuches in Arensdorf als Mitglied der Nationalsozialisten geworben, ihm eine Armbinde gleich

gelassen und eine Uniform später nachgeliefert. Befragt, was die Hakenkreuzer beabsichtigten und was nach seiner Meinung das Hakenkreuz für eine Bedeutung habe, gibt er ausweichende Erklärungen und erweckt den Anschein, als ob er über Sinn und Zweck irgend einer Organisation überhaupt keine Vorstellung hätte. Er bestreitet, die Angehörigen des Reichsbanners bei ihrer Fahrt durch Arensdorf auch nur im geringsten beschimpft zu haben, gibt aber zu, daß er ohne äußeren Anlaß auf die sich Streikenden, Klemowicz und Hoffmann, hinzugesprungen sei und mit dem Stod des Hoffmann auf Klemowicz eingekloppt habe. Als später die anderen Reichsbannerleute kamen, will Jemke davongelaufen sein, um in dem Hause eines Landwirts Wasewicz Unterschlupf zu suchen. Die Intelligenz dieses Wurschen steht im umgekehrten Verhältnis zu der Sucht, mit Uniform und Binde herumzulaufen.

Wesentlich ist für die Anklage vor allen Dingen die Aussage mehrerer älterer Dorfeinwohner, die über die Hakenkreuzer die beiden Schmölzer dicht nebeneinandergingen, der eine mit der Gabel, der andere mit der Flinte, und daß der Vater kleinerer Anstalten gemacht habe, dem Sohne die Flinte zu entziehen. Eine Frau, die in der Nähe stand und die Dinge beobachtete, hat gehört, daß dem Sohne zugerufen wurde: „Schieß doch!“ Nach ihrer Meinung kam die Flinte vom Vater des August Schmölzer selbst, trotzdem das im Getümmel nicht genau zu unterscheiden war. Ein 14jähriger Schüler, der aus Neugier die Dinge verfolgte, bekundet mit überzählender Klarheit und Sicherheit, daß dem Sohne zugerufen wurde: „August, nun schreie mit der Flinte!“ Auf wiederholte Kreuz- und Querfragen äußerte er, daß nach seiner Meinung der Vater, dessen Stimme er sehr genau kennt, diesen Jurus getan hat. Die Verteidigung sucht den Jungen als unglaubwürdig hinzustellen, was indessen sein eigener Vater, der auch als Zeuge vernommen wird und dem Ruffhausebund angehört, entschieden ablehnt. Mehrere Zeugen bestätigen dann noch, daß Jemke und Hoffmann den Reichsbannerleuten zugerufen haben: „Mastri, Junge!“ und ähnliche beschimpfenden Ausrufungen. Niemand aber hat gesehen, daß wie August Schmölzer zu seiner Verteidigung behauptet, vom Reichsbannerauto auf ihn, wie er sich ausdrückt, wie wild geschimpft worden sei. Vielmehr sei das Auto durch das ganze Dorf in voller Friedlichkeit hindurchgefahren, ohne irgend jemanden zu belästigen.

Der Landwirt, Hofbesitzer Wasewicz, muß zugeben, daß in seinem Garten ebenso wie in einem benachbarten Dorfe regelmäßig Schießübungen vom Landhund, Werwolf und Stahlhelm, abgehalten worden sind, er behauptet aber gleichzeitig, das sei nicht unmittelbar vor dem Zwischenfall in Arensdorf geschehen. Auch August Schmölzer, der als jähorniger und geisteschwacher Mensch bezeichnet wird, habe wiederholt an diesen Schießübungen teilgenommen. Es wird ferner festgestellt, daß die beiden Schmölzer nach vollbrachter Tat gemeinsam und friedlich und ohne sonderliche Aufregung wieder nach Hause zurückgekehrt sind. Der Vater behauptet allerdings, später noch in die Kneipe des Ortes gegangen und dort am gleichen Tage noch von der Frankfurter Volkshelmschaft festgenommen worden zu sein. Irgendwelche Aufregung, die auf eine Geistesgestörtheit schließen können, hat bisher niemand an August Schmölzer festgestellt. — Die Verhandlung wird am Mittwoch fortgesetzt.

die Regierung und die Reichsbahn eine allgemeine Erhöhung der Arbeiterlöhne abgelehnt haben! In Wirklichkeit haben sich die Löhne der Arbeiter gegenüber den Gehältern der Beamten wesentlich ungünstiger entwickelt. Ich begrüße daher nicht, wie eine so billige und gerechte Forderung nach Wiederherstellung der Relation vom Dezember 1923 abgelehnt werden kann.

In der Presse werden jetzt geradezu phantastische Zahlen über die Höhe der Arbeiterlöhne veröffentlicht. Dabei ist festzustellen, daß beispielsweise bei der Reichspost nur in einem Ort, in Hamburg, die Telegraphenarbeiter ihren Friedensreallohn erreicht haben, in allen übrigen Orten bleiben sie wesentlich darunter. Wir haben uns stets mit allen Kräften für die Erhöhung der Bezüge der unteren Beamten eingesetzt, das gibt uns das Recht und legt uns die Pflicht auf, uns ebenso rücksichtslos für die Erhöhung der Arbeiterlöhne einzusetzen. Was der Minister in Magdeburg von den Beamten gesagt hat, ist richtig, es ist aber auch richtig, für die Staatsarbeiter, deren Bezüge immer tiefer unter denen der Beamten lagen. Bei Wochensöhnen von 25 bis 35 Mark, wie sie heute noch in den Reichsbetrieben gezahlt werden, müssen die Arbeiter mit ihren Familien verelenden und verkommen.

Trotzdem lehnt der Minister eine allgemeine Lohnerhöhung ab, weil die geltende tarifliche Regelung frühestens am 31. März 1928 abläuft. Wo die Not in den Arbeiterfamilien so groß ist, da sollte sich der Minister nicht hinter Formalien verstecken. Nun sind ja in einzelnen Orten Zulagen gewährt worden. Im ganzen werden in 700 Orten Reichsarbeiter beschäftigt, in 194 Orten hat man Zulagen von 1 bis 4 Pfennigen die Stunde gewährt. Die beteiligten Arbeiter erhalten zu Weihnachten eine Nachzahlung von 450 Mark bis 18 Mark. 500 Orte bleiben ganz unberücksichtigt. Glaubt der Minister, daß dadurch der grenzenlosen Not der Arbeiter gesteuert werden kann? Wir haben gewiß noch Privatbetriebe, wo ähnliche Zulagen gezahlt werden, aber die Regierung eines demokratischen Staates darf sich doch das nicht zum Vorbild nehmen.

Ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß Unternehmer und Behörden, die den Arbeitern Löhne zahlen, die zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel sind, bei denen Arbeiter und ihre Familien nicht satt essen können und deshalb Schaden an ihrer Gesundheit nehmen, wie die Schlier, gekohlene Gutes behandelt werden sollten.

Wir fordern einen Lohn für die Arbeiter, der den notwendigen Lebensunterhalt deckt und der es ihnen auch erlaubt, an den kulturellen Gütern des deutschen Volkes Anteil zu nehmen.

Die Beamten werden noch vor Weihnachten in den Besitz der erhöhten Bezüge kommen. Ein Teil der Sorge wird ihnen abgenommen. Aber die Arbeiter in den öffentlichen Betrieben mit ihren Familien werden, wenn Sie (nach rechts) unseren Antrag ablehnen, am Heiligen Abend vorletzten Tisch sitzen. Nicht mit einem Gebet auf den Lippen, sondern mit einem Fluch gegen die Regierung und gegen den Reichstag, der für die Arbeiter kein Geld übrig hat, um ihre Not zu lindern. Deshalb ersuche ich nochmals dringend, nehmen Sie unseren Antrag an, damit auch die Arbeiter zu ihrem Recht kommen! (Lebhaftes Bravo! bei den Soz.)

Abg. Banerz (Drat.) begrüßt es, daß mit der Vorlage ein altes der Beamtenpflicht gegebenes Versprechen eingelöst wird. Abg. Morath (D. Sp.) gibt für seine Fraktion eine ähnliche Erklärung ab.

Abg. Seppel (Soz.) erwidert den beiden Korredneern, die eine eilige Verabschiedung der Vorlage gewünscht haben, es wäre schneller gegangen, wenn die Regierungsparteien nicht so viel Zeit gebraucht hätten, um zu einer Verständigung über die einzelnen Punkte zu kommen. Die Beratungen hätten auch kürzere Zeit in Anspruch genommen, wenn der Reichsfinanzminister sich vorher mit den Organisationsbeamten in Verbindung gesetzt hätte. Herr Dr. Köhler hat in seiner Magdeburger Rede falsche Hoffnungen erweckt, da er die Erhöhungen der Gehälter in Prozenten ausrechnete. Hätte er die einzelnen Erhöhungen in Mark genannt, so würde man bald erfahren haben, wie gering die Zulagen bei den unteren Gruppen sind. Manche Beamte werden sich durch die Reform in Zukunft sogar noch schlechter stellen, von sozialen Gedanken ist in der Vorlage überhaupt keine Rede. Die neue Gruppeneinteilung ist ein ausgesprochenes Klassensystem; wer unten ist, soll unten bleiben, wer in der Mitte ist, bleibt in der Mitte, aber die oberen bleiben immer höchst unter sich. Der alte Klassengeist unter den Beamten wird wieder geweckt. Die Soziale Arbeitsgemeinschaft der Beamten hat von dieser Vorlage gesagt: Werft das Scheusal in die Wollschüssel!

Das Zentrum hat bei der Beratung dieser Vorlage keine rühmliche Rolle gespielt. Erst wollte es nur 75 Prozent bewilligen, den Rest später, dann ist es wieder angefallen. Für die Not der Beamten in Ostdeutschland hat man kein Verständnis gehabt. Für manche Beamten ist diese Vorlage überhaupt ein Danaergesand, weil sie die Ausfluchtmöglichkeiten erschwert. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) führt aus, daß sich bei den Regierungsparteien der Mangel klarer Richtlinien und einer festen Führung gezeigt habe. Sehr bedauerlich sei, daß auch die Sozialdemokraten die Verhandlungen über die Lohnerhöhung nicht durch eine allgemeine Bewegung werden wollen. Zu einer Lohnerhöhung liegt gar kein Anlaß vor, da die Besoldungsreform nicht zu Steigerungserhöhungen führt.

Abg. Torgler (Komm.) behauptet, daß die Beamten nach dem Ausfall dieser Besoldungsreform jede Hoffnung auf das Parlament aufgeben könnten.

Abg. Zude (Wirtsch. Verein.) bezweifelt, ob es möglich sei, die Mittel für Erhöhung der Beamtengehälter ohne neue Steuerbelastung zu beschaffen. Der Redner erklärt, daß

Die Besoldungsreform vor dem Reichstag.

Die Regierungsvorlage gänzlich unsozial. — Die Sozialdemokratie für Lohnerhöhung der Reichsarbeiter. Teile des Zentrums gegen die Vorlage. — Abänderungsanträge der Wirtschaftsparteien.

Die Sitzung wird kurz nach 11 Uhr eröffnet. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die zweite Beratung des Besoldungsgesetzes. Präsident Böbe teilt zunächst mit, daß bis zum 14. Dezember die Beschlüsse vorliegen müssen, wenn die Auszahlungen noch rechtzeitig zu Weihnachten erfolgen sollen.

Abg. Bender (Soz.): Drei Jahre haben die Regierungsparteien die Beamten auf die Gehaltserhöhung warten lassen, obwohl das Reich zeitweise im Gelde schwamm und die Regierung den Ruhr-Industriellen das 700-Millionen-Geschenk machte. Jetzt erst, kurz vor den Neuwahlen, kommen die Regierungsparteien mit der Besoldungsvorlage, die schon vor Jahren fällig war. Hätten Sie (nach rechts) im Sommer 1925 unseren Antrag, den Beamten der unteren Besoldungsgruppen eine zehnprozentige Gehaltserhöhung zu gewähren, zugestimmt, dann wäre das Weniger von damals mehr gewesen, als Sie heute den Beamten geben! (Gehr. richtig! bei den Soz.) Die Sozialdemokratie ist ständig für eine Besoldungspolitik eingetreten, die den Beamten Gehälter gewährt, die den tatsächlichen Lebensverhältnissen entsprechen. Wir haben die Zölle und Steuerpolitik rücksichtslos bekämpft, die die Kaufkraft der Gehälter und Löhne auf den gegenwärtigen Stand gebracht hat. Die Vertreter der gewerblichen Gewerkschaften würden den Interessen der Arbeiter und Beamten besser dienen haben, wenn sie, anstatt die Besoldungsvorlage zu bekämpfen, mit uns gemeinsam den Kampf um die Angleichung der Löhne der Arbeiter sowie der

Gehälter der Angestellten an die neuen Beamtenbezüge geführt hätten.

Die Regierung hat immer wieder die niedrigen Löhne der Arbeiter als bestes Mittel zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Besoldungsanträge benutzt. Wie das Finanzministerium jetzt aber darüber denkt, das will ich an folgendem Beispiel zeigen. Am 24. November hat der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion an den Reichsfinanzminister einen Brief wegen der Erhöhung der Arbeiterlöhne gerichtet, in dem auf das dem Reichstag vorgelegte Material Bezug genommen wird. In dem Antwortschreiben darauf heißt es über das Material, daß es „zur Begründung einer Lohnerhöhung für die Reichsarbeiter nicht verwendet werden kann, da diese Zahlen unergleichenbare Größen sind.“ Warum wurden aber diese Zahlen dazu benutzt, um unsere Anträge der Gehaltserhöhung der Beamten zu bekämpfen? Gerade dieses Material hat doch die Regierungsparteien als Begründung für die Ablehnung unseres Antrages gebietet! (Hört! Hört! links.)

Bei der Begründung der Besoldungsvorlage hat der Reichsfinanzminister die Arbeiterlöhne wieder zum Vergleich herangezogen, aber diesmal in umgekehrtem Sinne. Er behauptete, daß die Arbeiterlöhne seit Dezember 1924 um 27 bis 28 Prozent gestiegen seien, während die Beamtengehälter nur um 4 bis 6 Prozent erhöht worden wären. Wenn nun alle Regierungsparteien seit der Erhebung einer Relation zwischen Beamtengehältern und Arbeiterlöhnen anerkannt haben, so kann man es verstehen, wenn auch jetzt von den Arbeitern diese Relation hergestellt wird und Vergleiche zwischen den Beamtengehältern und den Arbeiterlöhnen gezogen werden, um so mehr, nachdem

sch, daß keine Fiktion der Vorlage nur dann zustimmen könne, wenn ihre Anträge auf Einsparung bei den höheren Gehältern und beim Reichshaushalt angenommen würden. Sonst schlage sie vor, sich jetzt auf eine Erhöhung der bestehenden Gehälter in den Gruppen 8 bis 10 um 10 Prozent zu begnügen.

Zwischen den von den Regierungsparteien ein Vorschlag zur Erhöhung der Gehälter, wonach für die Dauer von zunächst 5 Jahren, beginnend mit dem 1. April 1929, von je drei freien oder frei werdenden planmäßigen Beamtenstellen der Besoldungsordnung A (aussteigende Gehälter) eine Stelle wegzufallen soll, falls die Gehälter durch eine Hilfskraft wagenommen werden können. Diese Bestimmung soll für Länder, Gemeinden und Organe des öffentlichen Rechts entsprechende Anwendung finden. Maßnahmen sollen nur mit Zustimmung des Reichsfinanzministers statthaft sein.

Abg. Weisheit (Ztr.) gibt für die Zentrumsfraktion die Erklärung ab, daß sie eine Erhöhung der Gehälter nicht länger aufgeschoben werden könne. Meinungsverschiedenheiten beständen innerhalb der Fraktion nur über das Ausmaß und die Voraussetzungen. Zweite Schichten der Arbeiter und Angestellten litten noch unter unzureichenden Löhnen und Gehältern. Infolge dieser Tatsachen trage eine Minderheit der Zentrumsfraktion Bedenken, der Besoldungsreform zuzustimmen. Die Mehrheit der Fraktion werde ihr unter der Voraussetzung zustimmen, daß der Antrag auf Verminderung der Beamtenstellen angenommen wird.

Dann beginnt die Einzelberatung. Der erste Abschnitt der Besoldungsvorlage, enthaltend die §§ 1 bis 14, wird unter Ablehnung aller Abänderungsanträge angenommen. Das Haus stimmt lediglich einem sozialdemokratischen Antrag zu, wonach Rinderzuschläge auch für Pflegekinder und Enkel, die im Haushalt des Beamten aufgenommen sind, gewährt werden können.

Um 10 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch.

Auch im Landtag Besoldungsreform.

Die Besoldungsvorlage endgültig angenommen.

Berlin, 13. Dezember. Auf der Tagesordnung der Dienstagssitzung stand die zweite Lesung der Besoldungsvorlage. Über die Ausschüßerhandlungen berichteten die Abgeordneten Eversbach (Dnat.), Baumhoff (Ztr.), Müller-Hannover (Soz.), Mayer-Herford (D. Sp.) und Herrmann-Breslau (Dem.).

Finanzminister Dr. Höpfer-Wilhelm: Nach den Beschlüssen des Hauptauschusses wird die Besoldungsvorlage einen Mehraufwand von 202 Millionen Mark jährlich erfordern. Da diese Mehraufwendung im Etat für 1928 mit anderen großen Aufwendungen zusammenfällt, wird im Voranschlag für 1928 ein Defizit von 13 Millionen entstehen. Dieser Gehaltbeitrag muß durch höhere Ueberweisungen des Reiches, höheren staatseigenen Einnahmen oder Abstrichen im Etat ausgeglichen werden. Jedenfalls vertritt die Regierung den Standpunkt, daß eine Steuererhöhung zur Balancierung des Etats nicht in Frage kommt.

Abg. Dr. Röhler-Großwald (Dnat.): Es handelt sich bei der Beamtenbesoldung um eine Staatsnotwendigkeit.

Abg. Simon-Neuloh (Soz.): Die Sozialdemokratie hat es für ihre Pflicht gehalten, nachdem sie die ungeliebte Zoll- und Wirtschaftspolitik im Reich nicht hat verhindern können, die Beamten wenigstens einigermäßen gemäß den Preissteigerungen auszubehalten, die durch die Reichsregierung verschuldet sind. Die Gehaltsforderungen der Beamten sind gerade wegen der Zoll- und Wirtschaftspolitik der Reichsregierung genau so berechtigt, wie die Forderungen der Braunkohlenarbeiter oder der Tabakarbeiter oder der Metallarbeiter der Schwerindustrie. Der Steigerwald-Flügel des Zentrums vertritt deshalb ein schweres Unrecht, wenn er, als Ablenkungsmanöver von den Taten des Bürgerbluts im Reich, die Arbeiter gegen die Beamten aufputscht. (Sehr gut! bei den Soz.)

Die Beamtenbesoldung ist es der preussischen Koalition, daß die Besoldungsvorlage jetzt zustande kommt und voll bewilligt wird. Soweit wie möglich, hat die preussische Regierung und innerhalb der preussischen Koalition die Sozialdemokratie auch dafür gesorgt, daß die mittleren und unteren Beamten nicht gar zu sehr von den höheren Beamten niedergehalten werden. Nachdem die grundsätzlichen Entscheidungen im Reich gegen unseren Standpunkt für die diesen Gehaltsstufen und das Zulagen-System gefallen waren, blieb uns nichts anderes übrig, als in diesem Rahmen und auf dieser Grundlage lediglich für die Interessen der Beamtenarbeit zu arbeiten. So haben wir dafür gesorgt, daß die Vorlage vor Weihnachten fertig wurde und der unteren und mittleren Beamtenbesoldung ein gewisser Anstieg gesichert blieb. Besonders wirkungsvolle Höherstellungen haben wir bei den Verhandlungen im Ausschuß für die Oberwachmeister der Polizei, die Justizwachmeister, die Gestütswärter und Förster durchgesetzt. Wenn wir nicht weiter vorgegangen sind, hängt das mit der starken Abhängigkeit der Länder vom Reich und seinen finanziellen Ueberweisungen zusammen. Wir dürfen auf Grund unserer Arbeiten erwarten, daß die Beamtenbesoldung sich nicht in eine feindselige Stellung gegen die Arbeiterklassen hineintreiben läßt, sondern anerkennt, daß gerade die organisierte Arbeiterschaft gerecht und großzügig auch die Interessen der Beamten würdigt. Wir kämpfen für den Tag, an dem

Arbeiter, Angestellte und Beamte als einige Werkbraucher sich das Recht in der Republik erkämpfen, das ihnen keine Besoldungsreform bringen kann. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Baumhoff (Ztr.): Wir wissen, daß wir kein vollkommenes Gehalt geschaffen haben, aber wir brauchen uns unserer Arbeit nicht zu schämen. Der einzige heftig angegriffene Punkt unserer Entschädigung ist die Heruntersetzung des Anfangsgehaltes der höheren Beamten. Dabei haben uns keinerlei politische Motive geleitet, sondern lediglich das unabwiesbare Bedürfnis, für notwendige, soziale Entschlüsse einen finanziellen Ausgleich zu schaffen.

Abg. Meyer-Herford (D. Sp.): Die Durchführung der Beamtenbesoldungsreform war unbedingt notwendig.

Abg. Casper (Komm.): Der volksparteiliche Vertreter im Ausschuß hat seine Stimme für die unteren und mittleren Beamten gesprochen, aber für die höheren Beamten hat er 27 mal das Wort ergriffen.

Abg. Barteld-Hannover (Dem.): Wir haben viele Bedenken im einzelnen, aber Hauptfrage ist jetzt, daß vor Weihnachten den Beamten ihr verbessertes Gehalt geleistet garantiert wird.

Abg. Rabenhorst (Wirtschp.): Was nicht den Beamten mehr Geld, wenn die Preise wieder steigen?

Dr. Hamburger (Soz.): Ich lege mich zunächst kurz mit dem völkischen Abg. Dr. Körner auseinander, den er wegen seiner ständigen Anträge für die Gruppe, der er selbst jeweils angehört, als „Selbstverleugere“ im Parlament bezeichnete. Nachdem unsere grundsätzlichen Forderungen zur Beamtenbesoldung im Reichstag und Landtag an dem Widerstand einer Mehrheit von Parteien gescheitert sind, mußten wir auf die Verbesserungen im einzelnen den Hauptgewicht legen. Ohne den bei uns herrschenden bei der Reichsopposition fehlenden festen Willen, es noch in diesem Jahr durchzuführen, und ohne das entschiedene Festhalten der preussischen Regierung an der Vorlage, wäre die Beamtenbesoldung schwer gescheitert worden. (Sehr richtig.)

Redner wies darauf hin, daß die Kürzung der Gehälter der höheren Beamten, die die preussischen Regierungsparteien gegenüber der Vorlage hatten vornehmen müssen, nicht aus irgend welcher Abneigung gegen die höhere Beamtenbesoldung erfolgte sei. Sie ist notwendig geworden, um finanzielle Mehrausgaben der Ausschüßbeschlüsse zu decken, und um gleichzeitig den Graben zwischen den oberen und den anderen Beamten, der allzu tief gewesen ist, etwas einzuebrennen. Unsere Hauptbemühungen, die Besserstellung gewisser Teile der unteren Beamtenbesoldung können wir zum Teil, die Verabschiedung des Gesetzes voll als einen Erfolg unserer Arbeit im Interesse der Beamtenbesoldung ansehen. Sie kommt für lange Zeit in den Genuß von Erhöhungen, mit denen sie bei einer Verschleppung ins nächste Jahr bei den dann möglichen finanziellen Schwierigkeiten kaum noch hätte rechnen können. (Leb. Beifall b. d. Soz.)

Das eine lahmte Rede des Abg. Beuermann (D. Sp.) wird ein Schlußantrag angenommen. — Die Vorlage wurde schließlich in dritter Lesung angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch.

Der Kampf um die Lohnsteuerentung.

Das Ringen im Ausschuß.

Berlin, 13. Dezember. (Eigener Bericht.) Der Ausschuß des Reichstages begann am Dienstag die Beratung des Regierungsentwurfs über die Lohnsteuer. Die Sitzung nahm einen sehr interessanten Verlauf, da die Regierungsparteien sich zum ersten Male sachlich äußerten. Der Abg. Dr. Brüning (Ztr.) machte sich dabei in sehr wesentlichen Fragen den sozialdemokratischen Standpunkt zu eigen.

Einleitend legte der Abgeordnete Dr. Herz (Soz.) noch einmal eindringlich dar, daß der sozialdemokratische Antrag durchführbar sei und sich in Uebereinstimmung mit der Ley Brüning befände. Der Abg. Dr. Brüning (Ztr.) wies dann zunächst auf die Schwierigkeiten hin, die aus der Dedung der Besoldungsreform entstehen. Die Länder wollten die Mehrkosten der Besoldung aus den erhöhten Ueberweisungen decken. Das sei nicht gerechtfertigt. Besonders bedenklich aber sei, wenn Länder, die mit ihrer Besoldung über die Voranschläge des Reiches hinausgehen, sie mit den Lohnzuschüssen der Arbeiter bezahlen wollen. Die Stellungnahme des Reichsrats bedurfe einer merkwürdigen staatsrechtliche Auffassung. Ein bestehendes Gesetz müsse aufgehoben werden, wenn es nicht aufgehoben werde. Die Zentrumsfraktion neige dazu, die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums als einen besseren Weg anzusehen, als die Senkung des Steuerzuges. Die Senkung des Steuerzuges sei eine Bevorzugung der höheren Einkommen. Das Zentrum sei deshalb mit der Sozialdemokratie vollkommen darin einverstanden, daß die Ley Brüning als Regulator der Massenbelastung gedacht sei und auch jetzt das einzige Mittel wäre, um einen Ausgleich für die steigende Massenbelastung zu schaffen. Es könne auch den Einwand der Länder, daß durch Steigerung des Existenzminimums eine große Zahl von Lohnsteuerpflichtigen steuerfrei werde, nicht als entscheidend ansehen. Das Zentrum merktente ferner, daß die steigende Belastung bei gleichem Reallohn ausgeglichen werden müsse. Wenn die Länder das große

Stück der unteren Lohn- und Gehaltsempfänger kennen dann hätten sie sich nicht so leichtfertig über die Lage der Reichsregierung hinweggesetzt.

Abg. Reinald (D. Sp.) gestand, daß die Ley Brüning nicht, obwohl sie ihre Feindschaft zugestimmt habe. Der Eintrag Länder gegen ihre Feindschaft sei nicht berechtigt, da das kommen über 1200 Millionen hinausgehe und ein Betrag auf Sentung vorliege. Jedoch müsse man den Ländern geben, daß die einseitige Erhöhung des Existenzminimums für einen Teil der Länder und alle Gemeinden fürchtbare finanzielle Folgen haben müsse. Die Heraushebung des Existenzminimums deshalb untragbar.

Dann verlagte sich der Ausschuß auf Mittwoch, um Generaldebatte zum Abschluß zu bringen. Inzwischen hat bereits ein Unterausschuß die Frage klären, ob die Ley Brüning 1200 oder 1300 Millionen aus der Lohnsteuer herausziehen bzw. in welchem Maße und auf welchem Wege die Ley Brüning auszuführen ist.

Reich und Länder.

Marx' Vorschläge für die Ministerpräsidentenkonferenz im Januar.

Berlin, 14. Dezember. (Eigener Bericht.) Der Reichstanzler Dr. Marx hat die Ministerpräsidenten der Länder zu der Konferenz über Verwaltungsreform geladen und die den Landesvertretern vorgestern zugegangen ist, hat Reichstanzler, wie das Berliner Tageblatt meldet, umfangreiche Erläuterung beigefügt, die sich auf alle drei Punkte der Tagesordnung bezieht. Der Reichstanzler vermeidet es selbst direkte Vorschläge zu machen, läßt aber deutlich durchblicken, auf welchen Gebieten durchgreifend reformiert werden muß, geht auch schwieriger Fragen nicht aus dem Wege und vertritt energisches und schnelles Handeln.

Zu Punkt 1 befähigt sich das Schreiben des Reichstanzlers mit verfassungsrechtlichen Fragen der Zuständigkeit und der Aufgabenverteilung zwischen Reich und Ländern. Auf die Notwendigkeit einer Umänderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Beziehungen zwischen Reich und Ländern und der Länder unter sich wird hingewiesen. In diesem Zusammenhang wies der Kanzler auf die finanziellen Schwierigkeiten einzelner Länder hin, die ohne durchgreifende Maßnahmen behoben werden können. Allerdings soll „die historische Eigenart im Rahmen der Möglichkeit gewahrt werden“.

Zu Punkt 2: „Maßnahmen zur Gewährleistung sparsamer Finanzpolitik“ nennt der Reichstanzler Gesetzes- oder Verwaltungsmaßnahmen, die sich gegen ein Uebermaß lausender Ausgaben aber auch einmaliger außerordentlicher Ausgaben richten. Die Stellung des Finanzministers im Ministerkollegium und die Stellung der Regierung gegenüber dem Parlament in Ausnahmefällen wird untersucht. Der Reichstanzler hält es für notwendig zu prüfen, ob nicht durch gesetzliche Bindungen grundsätzlicher eine Einschränkung der Ausgaben erzielt werden kann. Dabei wird an ein Beforecht des Finanzministers gedacht, das durch eine qualifizierte Parlamentsmehrheit beseitigt werden kann.

Zu Punkt 3: „Verwaltungsreform im Reich und in den Ländern“, verlangt der Kanzler ein einheitliches und gemeinsames Vorgehen. Er spricht von der Notwendigkeit wirtschaftlicher Zusammenfassungen zu Zweckverbänden und hebt hervor, daß die Verwaltungsorganisation den Bedürfnissen der Wirtschaft anzupassen ist. Schließlich enthält die Schrift des Reichstanzlers auch einen Hinweis auf das Entlastungsproblem und auf eine verbesserte Grenzsetzung unter den Ländern.

Für jeden Punkt sind Referenten und Korreferenten bestellt. Zu Punkt 1: „Veränderung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern“ der Hamburger Bürgermeister Dr. Petersen und der württembergische Staatsminister und Staatspräsident Dr. Baillie um Uebernahme der Hauptreferate gebeten. Ferner wurde an die Ministerpräsidenten von Preußen und Bayern, Braun und Held, das Gesuchen gerichtet, die Referate zu halten. Die Zustimmung der eingeladenen Minister ist sicher zu erwarten.

Freigesprochene Reichsbannerleute.

Die Nationalsozialisten als Angreifer entlarvt.

Stuttgart, 12. Dezember. (Eigener Bericht.) In einem Prozeß wegen Landfriedensbruch, der vor dem Großen Schöffengericht in Ulm gegen zwei Mitglieder des Reichsbanners geführt wurde, ließ die Staatsanwaltschaft am zweiten Verhandlungstage mit so großem Aufwand in Szene gesetzte Anklage selbst fallen. Der Staatsanwalt führte aus, eine Feststellung der Angeklagten in der fraglichen Versammlung hätten nicht getroffen werden können, es könne vielmehr sein, daß die Angeklagten in Notwehr gehandelt hätten. Er stellte deshalb die Entscheidung in das Ermessen des Gerichts. Dieses verkündete nach kurzer Beratung, daß die Angeklagten freigesprochen und die Kosten auf die Staatskasse zu übernehmen seien. In der Begründung dieses Freispruchs wurden die Nationalsozialisten als Angreifer und die Schuldigen an der Kauferei bezeichnet.

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.
Copyright 1927 by Rasch-Verlag G. V., Berlin W. 50.

8] (Nachdruck verboten.)

Das Telefon trug die Nachricht nach Beach City, die Zeitungen veröffentlichten Bulletin, die Menge brüllte sie auf der Straße. Nach wenigen Tagen waren die Straßen, die nach dem Prospekt Hill führten, schwarz von Autos. Hunderttausende Menschen fanden in höherer Entfernung vom Springquell, Köstlichkeiten versuchen, sie zurückzudrängen, jähren: „Lichter auslösen! Lichter auslösen!“ Die ganze Nacht hindurch wurden diese Worte gleichsam im Chor gesungen, alle erfassten die Gefahr. Jemand ein Dösel konnte aus Selbstschutz eine Zigarette anzünden, dann würde der ganze Hügel aufblammen. Auch ein Schnitzmesser, der gegen einen Stein hieb, oder ein Lastrast mit seinen nebenbeiliegenden Gleichgewichtswerten konnten ein Unheil verursachen. Es kam häufig vor, daß sich ein Springquell entzündete.

Und noch immer sammelten sich mehr und mehr Leute an. Auf den Straßen der Automobile fanden Menschen und veranfaßten im Stillsitzen eine Verteilung. Grundstücke wurden zu fabelhaften Preisen angeboten; etliche auch verkauft. Nachtverträge wurden geschlossen, Gesellschaften gegründet, Aktien verkauft. Die Händler drängten sich durch die Menge nach einer geschützten Stelle, wo sie ein Streichholz entzünden und so das Gesicht des Käufers sehen konnten; dort triffen sie den Vertragsentwurf auf ein Stück Papier. Dieser Handel wurde die ganze Nacht getrieben. Am Morgen wurden große Teile aufgeschlagen, die ursprünglich für Millionen bestimmt waren; die Kaufverträge wurden mit roten und schwarzen Tafeln geschmückt: „Beach-Kooperative Nr. 1“, „State-Syndikat Nr. 1, gehaltend Anteile je 10 Dollar“.

Inzwischen schreuten die Arbeiter wie Wakaonage, um die Erdölflut einzudämmen. Sie schwanken unter, gebelnd vom schwarzen Stahl; fanden keinen Platz, an dem sie ausruhen könnten, fanden nichts, woran sie sich hätten halten können, denn alles war glühend vor Hitze, flammte hell aus. Es wurde im Dunkel gearbeitet, istand. Nur das Gebrüll des Ungeheuers, das einen ins Gesicht spuckte und auf einen niederfiel, verriet, wo man sich befand. Es wurde mit Anspannung

aller Kräfte gearbeitet, denn es waren Prämien ausgesetzt, 50 Dollar für jeden Mann, falls die Flut vor Mitternacht, 100 Dollar, falls sie vor zehn Uhr abends zum Stillstand gebracht würde. Niemand vermochte zu berechnen, wie viel Reichtum das Ungeheuer vergeubete, doch mußten es in der Minute Tausende von Dollars sein. Herr Culver selbst kam den Arbeitern zu Hilfe. Durch seine Anwesenheit plagten ihm beide Traumwelt. Er versuchte, die Flut mit dem Kopf aufzuhalten, erklärte teilnahmslos einer der Arbeiter. Im Verlauf der folgenden Wochen erfuhr der Eigentümer des Grundstücks, daß gegen ihn zweihundertzig Prozesse angestrengt worden waren: wegen Beschädigung von Wohnhäusern, Kleibern, Säubern, Ziegen, Kühen, Kahlhähnen, Federhühnern und Autos, die von den allzu gut gestellten Straßen in den Gräben gegelitten waren.

Das Haus Nr. 5748, 2205 Nobles-Boulevard, gehörte Joe Groarty, dem Nachbarn der Aliman-Banholz-Gesellschaft von Beach City. Frau Groarty hatte früher für fremde Leute gewaschen, um ihre lieben Kinder zu ernähren; seitdem die erwachsen und nach allen Himmelsrichtungen verstreut waren, machte sie Kaninchen und Hühner. Joe ging meist um sieben Uhr zur Arbeit. Am dritten Tag nach dem Petroleumfund jedoch fand er den Rat, keine Stelle anzugeben. Nun stand er vor dem Haus, ein sanfter, grauhaariger, alter Kerl, im schwarzen Anzug mit dem Zerkowidtrag und der schwarzen Regenjacke immer trug. Frau Groarty besaß keine passende Kleidung; deshalb fuhr sie mit dem Fordwagen von Gatten in die Stadt und veranlagte einen Teil ihrer voraussichtlichen Petroleumgewinne für ein Abendkleid aus gelber Seide. Nun fühlte sie sich darin unbehaglich, weil gar so wenig davon da war; jenseit oben, wo Arme und Beine zum Vorschein kamen, als aus unten, wo die Beine, mit Seidenstrümpfen bekleideten, Wehen sichtbar wurden. Die Strümpfe waren so durchsichtig, daß es schien, als habe man überhaupt nichts an den Beinen. Aber die Verkäuferin hatte geschworen, daß „man“ das jetzt so trage, und Frau Groarty war gezwungen entschlossen, von nun an Seidenstrümpfe zu tragen.

Das Haus hatte den üblichen Fingalov-Stil und war in den Tagen der Bodenpetroleum aus einer wohlhabenden Familie erbaut worden. Man hatte es dann billig verkauft, und Frau Groarty hatte sich in das wundervolle Wohnzimmer

versteht. Die Groartys hatten das Haus in Monatsraten von 30 Dollars bezahlt. Sie besaßen einen Kaufvertrag, und da jede Rate pünktlich gezahlt worden war, durften sie sich sicher fühlen. Betrat man das Haus, so fiel einem sofort die außergewöhnlich starke Politur ins Auge. Um diesen Eindruck noch zu verstärken, hatte der Anstreicher Eichenholz imitiert, Zehntausende von krummen Linien auf das Holzwerk gemalt. Der Ramin bestand aus bunten Steinen, hart poliert, glänzend wie Juwelen. Im Hintergrund des Vorraumes befand sich eine Holzterrasse mit gleichfalls glänzend poliertem Geländer. Die Treppe war gewunden, in der Rundung stand eine Topfpalme. Man hätte an die hundertmal das Heim der Groartys betreten und davon überzeugt sein können, daß diese Treppe allen anderen Treppen gleich und in das zweite Stockwerk hinaufführte. Betrachtete man jedoch in einem müßigen Augenblick das Haus von draußen, so sah man, daß es ein flaches Dach und nirgend ein zweites Stockwerk hatte. Von einer kostbaren Keugierde getrieben, betrat man von neuem das Haus, sah sich prüfend die Treppe an und entdeckte, daß sie nirgendhin führte und nur durch ihre Schönheit ihre Existenz rechtfertigte.

Frau Groarty stand vor dem Mitteltisch des Wohnzimmers und erwartete die Gäste. Auf dem Tisch befand sich eine Vase mit Rosen; daneben, hell vom elektrischen Licht beleuchtet, ein in blaue Seide gebundenes Buch, auf dem in Goldbuchstaben stand: „Der Berater der Dame: ein praktischer Leitfaden der Vornahmeheit“. Es war das einzige Buch im Haushalt der Groartys und lag erst seit zwei Tagen hier. Ein intelligenter Verkäufer des Warenhauses hatte, nach dem Verkauf des gelben Seidenkleides, der „Petroleum-Königin“ dieses bei ihnen erhältliche Wert empfahlen; Frau Groarty studierte in freien Augenblicken das Buch und hatte es nun, als Wahrzeichen der Kultur, auf dem Tisch des Wohnzimmers gelegt.

Als erster Gast erschien die Witwe Murden, die am anderen Ende des Blocks mit ihren zwei Kindern ein kleines Haus bewohnte. Sie war zart und schüchtern und trug ein Kleid mit langen schwarzen Ärmeln. Sie geriet über Frau Groarty's Toilette in Verzückung, beglückwünschte sie dazu, daß sie am Südrand des Hügel wohne, wo man schöne Kleider tragen könne. Auf der Nordseite, wozu der Wind das Petroleum trieb, zunierte man sich jedesmal, wenn man ausging, die Schuhe. Einige Leute wagten nicht einmal, im Küchenherd Feuer zu machen, aus Angst vor einer Explosion.

(Fortsetzung folgt.)

Die blamierte Juli-Justiz.

Gerichtliche Nachspiele zu den Wiener Juli-Unruhen.

Wien, 10. Dezember 1927.

Die schrecklichen Ereignisse vom 15. und 16. Juli — der Mordanschlag auf die schleichende Demonstration, die sich gegen die Freisprechung habsburgerischer Arbeitermörder wendete, die darauf folgende Brandstiftung am Justizpalast und dann das blutige Schicksal der Polizisten in den Straßen von Wien mit den 80 Todesopfern, die es zur Folge hatte — haben in der Arbeiterblockade den Glauben erzeugt, daß das Proletariat nicht schmerzt und daß es bei den geänderten Machtverhältnissen nicht schmerzt sein werde, das eingeschüchterte Proletariat aller Erzeugnisse der Revolution zu bezaubern.

Deshalb ließ der Bundeskanzler Dr. Seipel die Polizeibeamten, die sich bei dem Schießen am 15. Juli in Wien befanden, befragen, weshalb verurteilt er, daß er gegen die „Aufschieber“ keine Milderung teile, weshalb ließ er auch durch seine Regierungsmehrheit den sozialdemokratischen Amnestieantrag ablehnen und deshalb ließ er verkünden, daß die Prozesse alle Früchte der blutigen Ereignisse feststellen und aufzeigen würden, daß es sich um einen vorbereiteten Putsch handelte.

Die ersten Prozesse vor dem Schöffengericht zeigten, daß sich die Regierung auf die Justiz verlassen könne. Es waren wohl lauter kleine Leute, die zuerst vor Gericht kamen, von denen man nicht behaupten konnte, daß sie etwa die Drahtzieher eines Aufstandes gewesen seien. Umso weniger, als nicht einmal für den Zusammenhang der Unruhen mit der kommunistischen Partei auch nur die geringste Spur aufzutreiben war; dafür aber zeigte sich, daß die Gerichte den Anträgen der Staatsanwälte und den Wünschen der Regierung nach strengen Strafen bereitwillig Folge leisteten.

Die ersten Verurteilungen erfolgten wegen Verbrechens der Erpressung. Das österreichische Strafgesetz, das aus dem Jahre 1803 stammt, kennt das Verbrechen nicht und es wurden die Demonstranten, die bei den Unruhen Automobile angehalten und die Insassen zum Aussteigen veranlaßt hatten, sei es auch nur, um Verwundete in das Spital zu schaffen, — wegen des Verbrechens der Erpressung zu Monaten Kerker verurteilt, andere, die nichts getan hatten, als daß sie dem Befehl der Wache, sich zu zerstreuen, nicht sofort folgten, wurden wegen Vergehens des Auslaufs zu strengem Arrest verurteilt. Nachdem man bei den ersten Prozessen so leicht Erfolg erzielt hatte, folgten die Anklagen wegen öffentlicher Gewalttätigkeit, die schon darin erblickt wurde, daß ein Demonstrant, um einem Säbelhieb zu entgehen, einem Wachmann einen Schlag verleiht. Dann kamen die Verurteilungen wegen der sogenannten Mißhandlungen. Arbeiter, die aus dem Justizpalast wertlose Papiere wegnahmen oder die auf der Straße weggeworfene Gegenstände aufgesammelt hatten, wurden wegen Verbrechens des Diebstahls „in Bedrängnis“ verurteilt. Allerdings waren selbst diesen Schöffen manche der Anklagen zu läppisch, und so wurden schon in den ersten Wochen einige Freisprüche gefällt, namentlich wenn es sich um „Diebstahl“ vollständig wertloser Gegenstände handelte oder wenn die „Mißhandlung“ nicht an Ort und Stelle, sondern erst infolge von Denunziationen verhaftet worden waren.

Wurden diese Freisprüche auch von der bürgerlichen Presse als Zeichen von allzu weichem Gemüt der Schöffen kritisiert, so schienen sie andererseits doch die harten Urteile zu fundieren. Da hatten die Scharfmacher aber ein kleines Mähdlein. Einer der Verteidiger hatte den Einsatz, im Präsidium des Landesgerichts nachzuforschen, wie die Schöffensenate zuhause gekommen waren, und er stellte dabei fest, daß man einige Arbeiter, die als Schöffen in die Senate eingeteilt worden waren, nicht einberufen, sondern an ihrer Stelle bürgerliche Schöffen genommen hatte. Wohl versuchte der Justizminister, diese Feststellung, die im Anschluß bei der Beratung des sozialdemokratischen Amnestieantrages von Dr. Bauer mitgeteilt wurde, durch allerlei Ausreden zu bemänteln, aber da er die Tatsache selbst nicht bestreiten konnte, war die Justiz des „Juli-Senats“ vor der Öffentlichkeit schon einigermaßen kompromittiert und man nahm die Behauptungen von dem angeblich vorbereiteten Putsch mit einiger Skepsis auf.

Nun rückte die Staatsanwaltschaft mit schwerem Geschütz auf. Es kamen die Prozesse vor dem Schwurgericht, bei denen schon die Anklage wegen Verbrechens des Aufstandes andeutete, daß man nun den Putschplan zu beweisen vorhatte. Neben nun etwa zehntausend Einsätze oder sozialdemokratische Putschisten, die einen Umsturz der Rechtsordnung vorbereitet hatten, war die Schranke des Gerichtes. Nichts weniger als das; die Leute, die nun wegen Verbrechens des Aufstandes vor die Geschworenen gestellt wurden, waren überhaupt keine politisch irgendwie hervorragenden Personen, sondern meist politisch wenig interessierte oder gar indifferente Arbeiter, die in der Leidenschaft der Erregung über die Hinordnung der friedlichen Demonstranten einer Gruppe zugehörten hatten: „Los gegen die Arbeitermörder!“ oder dergleichen. Und deshalb hatte man sie wegen Verbrechens des Aufstandes, auf das eine Kerkerstrafe von fünf Jahren angedroht ist, angeklagt. Welche Hoffnungen die Regierung auf diese Aufstandsprozesse gesetzt hatte, geht daraus hervor, daß der Justizminister, der Großdeutsche Dr. Dinghofer, gerade die bevorstehenden Aufstandsprozesse als Argument gegen die Amnestie angeführt hatte, da „dann der Beschuldigten, die sich schweren Straftaten schuldig gemacht haben, sogar die Unannehmlichkeit einer Verhandlung und der Mangel einer Verurteilung erspart würden“, — unter welchen schweren Straftaten er ganz besonders das Verbrechen des Aufstandes nannte.

Aber die Geschworenen sahen die Angeklagten und sie fanden, daß man nicht einen Aufstand konstatieren könne, indem man willkürlich aus einer durch Gewehrläute und den Anblick von Blut aufgeregten Menge ein paar Leute herausgreift, und vielleicht fanden sie auch, wenn man die mordenden Polizisten nicht anklagte, wenn man die habsburgerischen Arbeitermörder freisprach, man nicht die Arbeiter, die in der Erregung ein paar unglückliche Neben gehalten hatten, als Verbrecher verurteilen könne. Und so haben sie bisher in vier Prozessen die des Aufstandes Angeklagten freigesprochen einhimmig oder nahezu einhimmig freigesprochen, ja schließlich auch einen der Brandstifter Angeklagten freigesprochen. Ein Beweis, wie weit bis ins Bürgertum hinein die Erregung über die trivialisierenden Anklagen der Regierung und über die Härte und Mißbilligkeit des geistlichen Bundeskanzlers geht.

Verfassungstreit in Oklahoma.

Der Gouverneur jagt das Parlament mit Maschinen-gewehren auseinander.

Aus New York wird gemeldet, daß in Oklahoma ein Verfassungstreit damit endete, daß das Parlament des Staates Oklahoma (U.S.A.) durch ein großes Truppenaufgebot mit Maschinengewehren daran gehindert wurde, zusammenzutreten. Diese Maßnahme des Gouverneurs hat innerhalb der Bevölkerung ungeheure Erregung hervorgerufen. Die Auswirkungen werden voraussichtlich abzuwarten.

Schließung des Unterhauses des Staates Oklahoma.

Oklahoma-City, 18. Dezember. Die Mitglieder des Unterhauses des Staates Oklahoma hielten gestern in einem Hotel eine Geheim Sitzung ab, in der sie die Anklage gegen den Gouverneur, sowie gegen den Obersten Richter vom obersten Staatsgerichtshof und gegen den Präsidenten des staatlichen Bau- und Bauesamtes genehmigten. Der Gouverneur wird u. a. beschuldigt, daß er angeblich die Zivilgewalt durch die militärische Erregung, um durch diesen Versuch dem Anklageverfahren zuvorzukommen.

Selbstbloßstellung des Herrn Marx.

Er proklamiert die Grundlosigkeit zu seinem Prinzip.

Berlin, 12. Dezember. (Eigener Bericht.) Die Spannung zwischen den Zentrumsarbeitern und der Zentrumsführung nimmt zu. Es wird bekannt, daß der christliche Bergarbeiterführer Imbusch im schärfsten Tone brieflich bei dem Reichstanzler Marx gegen die arbeiterfeindliche Politik des Bürgerblocks Einspruch erhoben hat. Die Aufforderung, diesen Brief zu veröffentlichen, hat die Zentrumspresse mit Schweigen umgangen. Sie weiß, warum. Statt sich vor den hilflosen Arbeitern zu rechtfertigen, spendet ihnen der Reichstanzler und Zentrumsführer Marx ein Weihnachtsgeheimnis besonderer Art: Er spricht dem Zentrum den republikanischen Charakter ab und verlangt eine Reihe von Zentrumsmandaten für den katholischen Adel. Auf der Pressetagung des Zentrums hat Marx nach Presseberichten gesagt:

„Was die Stellung des Zentrums anlangt, so betonte der Kanzler, daß das Zentrum von jeher eine Verfassungskraft gewesen sei. Es sei weder eine monarchische, noch wolle es eine republikanische Partei sein. Nur weil das Zentrum eine Verfassungskraft sei, habe es auch die Verfassung von Weimar anerkannt und gutgeheißen können, weil sie ordnungsgemäß zustande gekommen und moralisch und staatsrechtlich unbedingt verbindlich sei. Deshalb müsse die Verfassung vom Zentrum anerkannt und befolgt werden.“

Das, verehrter Herr Marx, ist kein republikanisches Bekenntnis, sondern das Betreten des berühmten Bodens der Lastwagen. Mit dieser Erklärung ist der Zentrumsführer aus der Gemeinschaft der Gesinnungsrepublikaner ausgeschieden und zu den schwankenden Gestalten der Vernunftrepublikaner übergegangen.

Was bedeutet das? Es ist nicht nur eine tiefe Verbeugung vor der Bayerischen Volkspartei und deren Schutzpatron, dem „König“ Kupprecht, sondern zugleich die Unterwerfung an die Ansprüche des katholischen Adels. Ihm will der Zentrumsführer damit sagen: „Seht, hochgeborene Herren, unser liebes Zentrum ist gar nicht republikanisch. Es schließt Monarchisten und Republikaner mit der gleichen Liebe an sein schwarzes Herz, wenn alle nur die Verfassung achten, so lange sie besteht nämlich.“

Da das Zentrum nach Marx' weisen Aussprüchen nur „Verfassungskraft“ ist, kann es sich mit jeder Verfassung abfinden. Auch mit dem Faschismus? Auch mit der Militärdiktatur? Auch mit der kapitalistischen Diktatur? Die christlichen Arbeiter müssen von Marx und Genossen auf diese Frage Antwort verlangen.

Der erwähnte Bericht unterläßt im übrigen wichtige Teile der Marx'schen Rede. Insbesondere wird verschwiegen, daß Herr Marx sich ausdrücklich und energisch für die Mandatsforderungen des katholischen Adels eingesetzt hat. Es sollen Parlamentsitze für die Zentrumsgrößen und Zentrumsbarone freigemacht werden. Das bedeutet ein klares Bekenntnis zur Stärkung des rechten Flügels der Zentrumspartei und den Willen, die kleine Zahl der zur sozialen Linken gehörenden Zentrumsabgeordneten noch mehr zu verringern. Die Lösung ist klar: „Nieder mit Wirth und dem Arbeiterflügel. Bahn frei für den agrarischen Adel im Zentrum, für die Grafen und Barone!“

Das ist die Weihnachtsbotschaft des Zentrums an das christliche Proletariat. Verstehen man nun die Unruhe eines Mannes wie Imbusch, der das Großen der proletarischen Massen tausendfach deutlicher hört, als Marx und die Seinen in dem Ministerium zu Berlin? Begreift man nun, warum auch Herr Adam Stegerwald, der jahrelang Schrittmacher einer Rechtsregierung gewesen ist, nun von Sorge gepackt wird, um das Ende dieser Entwicklung? Hier geht es um mehr als um Agitation und Parteipolitik. Die Unterdrückung der christlichen Arbeiterforderungen durch die Zentrumsführung ist eine Sache der gesamten Arbeiterklasse, ist ein Ruf an alle, sich stärker denn je gegen die maßlose Ueberhebung und die unerfüllbaren Ansprüche der kapitalistischen Schichten aller Richtungen zur Wehr zu setzen.

Neuer Betrug der Deutschnationalen.

Sie verraten die Sozial- und Kleinrentner.

Berlin, 13. Dezember. (Eigener Bericht.) Die Beratung im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages über Weihnachtsbeihilfen für Klein- und Sozialrentner offenbarte am Dienstag eine Verwirrung innerhalb der Regierungsparteien, die nicht mehr überboten werden kann. Reichsfinanzminister Dr. Köhler erklärte zunächst, daß die Reichsregierung insgesamt 25 Millionen Mark bereitstelle und die Verteilung an die einzelnen Rentnerschichten dem Reichstag überlasse. Frau Abg. Deutsch (Zr.) begründete darauf einen Antrag, wonach die Hauptunterstützungsempfänger in der Kleinrentnerfürsorge der Invalidenversicherung und der Arisenfürsorge eine einmalige Beihilfe von je 9 Mark, die Waisen und die Zuschlagsempfänger je 3 Mark erhalten sollen. Außerdem soll die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ermächtigt werden, für ihre Rentner aus eigenen Mitteln eine entsprechende Weihnachtsbeihilfe zu gewähren. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei stellten den Gegenantrag, lediglich den Kleinrentnern eine Beihilfe in der Höhe der letzten Monatsunterstützung zu geben. Abg. Karsten (Soz.) entlarvte die Deutschnationalen, die erst vor wenigen Tagen die Verabschiedung des Kleinrentnergesetzes verhindert haben und nun aus agitatorischen Gründen plötzlich nur noch für die Kleinrentner eintreten wollen. Er betonte, daß die Sozialdemokratie entscheidenden Wert auf die Erhöhung der laufenden Renten lege. Bei Gewährung einer einmaligen Beihilfe müsse die gleiche Behandlung für Klein- und Sozialrentner gefordert werden.

Bei der Abstimmung wurde auf Antrag der Sozialdemokraten zunächst grundsätzlich entschieden, daß alle Gruppen gleiche einmalige Unterstützung bekommen. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei übten Stimmenthaltung. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen wurde dann der vorbereitete Zentrumsantrag angenommen.

Rücktritt der lettischen Regierung.

Riga, 13. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die lettische Linkeregierung ließ am Dienstag das Parlament von ihrem bevorstehenden Rücktritt unterrichten. Die Demission ist auf die Schwierigkeiten parlamentarischer Verhältnisse zurückzuführen, durch die jede sachliche Arbeit seit Monaten unmöglich gemacht wurde. Immerhin hat das Linkskabinett bisher sämtliche oppositionellen Angriffe überstanden. Die neue Regierung dürfte aus Mitgliedern sämtlicher bürgerlichen Parteien bestehen.

„Nationale“ Korruption.

Der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei unter dem Verdacht der Steuerhinterziehung.

Das Mainzer Zentrumsorgan veröffentlichte am Montag eingehende Nachrichten über Steuerhinterziehungen durch die Nachlassverwalter des vor einigen Jahren verstorbenen rheinischen Großindustriellen Freiherrn von Hehl. In die Affäre sollen auch der ehemalige Reichsminister für die Deutsche Volkspartei Dr. Beder, der zur Deutschen Volkspartei gehört, und Mitglied des Reichstages, verwickelt sein. Die zuständigen Finanzbehörden und das Reichsfinanzministerium beschäftigen sich schon seit Wochen mit der Angelegenheit.

Verküfte über große Steuerhinterziehungen der Nachlassverwalter des Hehl'schen Vermögens zum Schaden des Reiches und des Volksstaates Hessen wurden in Mainz schon seit längerer Zeit vorbereitet. Jetzt erfährt man durch die Veröffentlichung des Zentrumsblattes, daß bei diesen Hinterziehungen Summen in Höhe von 6—7 Millionen Mark in Frage kommen. Als Freiherr von Hehl starb, wurden drei Nachlassverwalter bestellt; zu diesen gehörte auch der deutschnationalistische Reichstagsabgeordnete Dr. Beder. Die Nachlassverwalter sollen nun bei der Festlegung der Vermögens- und Erbschaftsteuer nicht richtig deklarieren und so die genannte Steuersumme hinterzogen haben. Dazu teilt Dr. Beder mit, daß er in seiner Eigenschaft als Testamentvollstrecker keine Steuererklärung abgegeben habe. Beder gibt aber zu, daß sich bei der Ordnung der Erbschaftsmasse des Freiherrn von Hehl Zweifel darüber ergeben hätten, ob bestimmte Vermögensobjekte der Steuerpflicht unterliegen.

Freiherr von Hehl war in größerem Ausmaß an ausländischen Unternehmungen beteiligt. Wenn die Nachlassverwalter diesen im Ausland gelegenen Vermögensobjekte nicht deklarieren, so rechtfertigen sie sich anscheinend damit, daß die entsprechende Steuerpflicht im Ausland zu erfüllen gewesen sei. Es liegt hier aber ein typischer Fall von „Doppelbesteuerung“ vor. Nach der gegenwärtigen Regelung steht außer Zweifel, daß im Falle der Erbschaftsregelung Hehls auch für seine ausländischen Vermögensobjekte an das Deutsche Reich und Hessen die entsprechende Steuer abzuführen war.

Die Regierungsneubildung in Braunschweig.

Braunschweig, 13. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In der am Dienstag abgehaltenen konstituierenden Sitzung des neugewählten braunschweigischen Landtages wurde als Präsident der Sozialdemokratischen Abgeordnete Wesemeier gewählt. Wesemeier dankte für die Wahl und verlas dann ein eingegangenes Schreiben des braunschweigischen Ministeriums, das folgenden Wortlaut hat:

„Nach dem Ausfall der Wahlen zum Landtage wird eine andere Zusammenstellung des Staatsministeriums eintreten müssen. Auf Beschluß des Staatsministeriums erkläre ich daher den Rücktritt der jetzigen Mitglieder des Staatsministeriums von ihrem Amt als Minister.“

Die Neuwahl der drei Minister Jasper, Steinhilber und Stevers, die alle drei von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion gestellt werden, wird am Mittwoch nachmittags erfolgen.

Wieder ein überaus mildes Urteil gegen rechts.

Nur 600 Mark wegen Verleumdung des Genossen Otto Braun.

Leipzig, 13. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Im Jahre 1926 und Anfang 1927 wurden von dem völkischen „Schriftsteller“ Georg Kramer in Leipzig fortgesetzt Flugblätter gegen die Sozialdemokratie und den preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun mit den infamsten Beleidigungen herausgegeben. Am Dienstag hatte sich Kramer wegen dieser Beleidigung gegen den preussischen Ministerpräsidenten vor dem gemeinsamen Schöffengericht in Leipzig zu verantworten. Das Gericht verurteilte den völkischen Schmierfinken zu 600 Mark Geldstrafe und den Kosten des Verfahrens. Außerdem wurde die Publikation des Urteils auf Kosten des Kramer im „Vorwärts“, der „Leipziger Volkszeitung“, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und „Leipziger Neueste Nachrichten“ angeordnet.

Die Studentenunruhen in Rumänien

Belgrad, 13. Dezember. Nach Nachrichten aus Bukarest sind 49 der 200 verhafteten Studenten dem Gericht überliefert worden. Zum Zeichen des Protestes erklärte der Verband der christlichen Studenten einen 24stündigen Universitätsstreik und lud alle rumänischen Studenten ein, sich der Bewegung anzuschließen. Der Streik mißglückte. Nach einer weiteren Meldung fanden heute an der Universität die Vorlesungen wie gewöhnlich statt. Gestern abend mißhandelten drei rumänische Studenten zwei italienische Staatsangehörige, die sie für Juden hielten. Die Täter wurden verhaftet.

Bukarest, 13. Dezember. Der Ministerrat veröffentlicht ein Communiqué, in dem er zu den Ausschreitungen der Studenten in Großwardein und Klausenburg Stellung nimmt. In dem Communiqué heißt es: Die im Zusammenhang mit den Vorkommnissen beim allgemeinen Studientag in Großwardein angestellten Erhebungen haben ergeben, daß die Verwaltungsorgane der Polizei sich von den Ausschreitungen haben überlassen lassen. Die Regierung hat beschlossen, den Departementspräsidenten und die Polizeipräsidenten von Großwardein und Klausenburg abzurufen. Das Verhalten der Gerichtsbehörden, der anderen Zivilbehörden und der Militärbehörden wird noch untersucht. Zunächst werden als Urheber der Unruhen vor das Gericht gestellt werden: 21 Studenten und 28 sonstige Beteiligte aus Großwardein wegen Sachbeschädigung und Störung der öffentlichen Ordnung, 44 Studenten und 9 sonstige Beteiligte aus Klausenburg wegen der gleichen Straftaten, 11 Studenten aus Bukarest wegen Sachbeschädigungen und Mißhandlungen, die in Klausenburg und Großwardein begangen wurden. Eine Reihe weiterer Studenten bleiben in Haft. Sie alle werden vor dem Kriegsgericht in Klausenburg und Bukarest abgeurteilt werden. Die Regierung bewilligt einen Kredit in Höhe von 5 Millionen für Wiederinstandsetzung der beschädigten Synagogen.

Der Umsturz in Kanton.

London, 13. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Das „rote Arbeiter- und Bauernvolk“, das sich am Sonntag morgen in den Besitz der Stadt Kanton setzte, hat nunmehr, wie aus China gemeldet wird, eine „Sowjetregierung von Kwangtung“ ausgerufen. Der Vorsitzende des Sowjets ist der frühere Sekretär des Bolschewisten Borodin. Die Lage ist unübersichtlich, jedoch scheint der Versuch des Generals Li, Kanton zurückzuerobern, vorläufig gescheitert zu sein. Die Ausländer sind von britischen und amerikanischen Schiffen nach der neuen Seelung von Kanton, Schanghai, gedrängt worden. Die Amerikaner haben sich bisher der Verteidigung des Konsulats gelanget. Die neue Regierung, die eine „rote Fahne“ beisteht, teilt die Zeitung heraus, hat eine Proklamationsverfassung erlassen, in welcher das Eigentum an Häusern und Land als „sozialisiert“ bezeichnet wird. Gleichzeitig mit dem Kommunenaufstand in Kanton hat sich in verschiedenen Teilen Chinas ein Wiederaufleben der kommunistischen Agitation und Bewegung bemerkbar gemacht. In Kanton sind inzwischen mehrere kommunistische Kattoren hingerichtet worden. Es hat den Anschein, daß auch dort ein ähnlicher Handreich wie in Kanton vorbereitet wird.

Gerade zu Weihnachten

Ulrich-Str. Ring 22 1. Etage

Hauptgesch. Ohlauerstr. 56

Für nur: 5.90

Damen-Spangenschuhe, braun Chevreau mit geschweiftem Absatz
Damen-Schnür- und Spangenschuhe, schwarz, strapazierfähige Qualitäten

Für nur: 6.90

Damen-Lack-Spangenschuhe mit französischem Absatz zum Tanz und für die Straße
Herren-Halbschuhe, Rindbox, weiß gedoppelt
Frauen-Halbschuhe, prima Rindbox in bequemer Form mit halbhochem Absatz

Für nur: 7.90

Damen-Spangenschuhe, aus gutem braunem Rindbox mit amerikanischem und Trotteur-Absatz
Damen-Lack-Spangenschuhe, in verschiedenen Modellen

Für nur: 8.90

Damen-schwarz Wildleder-Spangenschuhe mit Lackgarnitur, französischem Absatz, reizender Tanz- und Straßenschuh
Damen-Trotteur-Spangenschuhe, prima Boxkalf und Lackleder mit Flügelkappe
Damen-Boxkalf-Schnürschuhe, sehr gute Verarbeitung, weiß gedoppelt
Herren-Schnürtiefel, Rindbox, in spitzer und breiter Form, gute Qualität

Für nur: 10.90

Herren-Tourenstiefel, festes Rindbox, wasserdichtes Futter, geschlossene Lasche mit Zwischensohle
Herren-Lack-Halbschuhe, glatt und mit Wildleder-Einsätzen, besonders schöne spitze Form

Für nur: 8.90

Damen-Trotteur-Spangenschuhe Lackleder mit braun Leder-Kombination, mit vollem Absatz, erstklassiger Straßenschuh
Damen-Spangenschuhe aus feinfarbigem Leder mit farbiger Garnitur u. geschweiftem Absatz, aparte Modelle

Für nur: 10.90

Damen-Lack-Spangenschuhe mit reizender heller Zierstepperei und französischem Absatz
Damen-Spangenschuhe mit weißlichem Gummischluß, echt Chevreau in grau und mode, sehr beliebtes besonders schönes Modell mit französischem Absatz
Damen-Spangenschuhe echt auf Rand genäht, aus hellem Fantasieleder, mit Lackgarnitur und dem modernen Trotteur-Absatz
Herren-Halbschuhe, braun Rindbox, sehr schöne Form, weiß gedoppelt

Für nur: 12.50

Damen-Wildleder-Steig-Spangenschuhe in mode, grau und braun, mit echt LKV Absatz, der elegante Nachmittagschuh aus edlem Material
Herren-Stiefel und -Halbschuhe, prima Rindbox, echte Rahmenarbeit, in spitzen und breiten Formen

Für nur: 1.25

Nettete Damen-Strümpfe, englisches Fabrikat 1.60, 1.45

Für nur: 1.95

Herren-Socken, Strapazier-Qualität, englisches Fabrikat

Für nur: 2.50

Reinwollene Damen-Strümpfe

Für nur: 2.25

Herren-Socken, reine Wolle

sehr
sehr
billig

Klausner

Bolsterwaren

Aus eigener Werkstatt reell und gut.
 Sofa, Klisch und Gobelin . . . von 80-200 Mk.
 Chaiselongues, große Auswahl . . . 30-100
 Auflegematratzen für 2 Betten . . . 55
 Patentmatratzen 2
 Kissen in modernen Formen.
 Sonntag von 2 bis 6 Uhr geöffnet.
 Teilzahlung gestattet.
Max Giesel, Brüderstraße 23

Sie müssen Ihren

Anzug oder Mantel
 gut und billig kaufen
 und das können Sie bestimmen, da ich selbst fabriziere, im
Herren-Bekleidungshaus Partetzke
 Nikolaistraße 48, 1. Haus am Ringplatz.

Uhren und Goldwaren

Spezialität
Fugenlose Trauringe
Paul Alter
 Kupferschmiedestr. 17
 Ecke Schmiedeb. - Neben Hirschschöfeld

Teppich- und Linoleumhaus

Fritz Rau

Universitätsplatz 10/11 gegenüber dem Fechterbrunnen
 Klosterstr. 30/32 Ecke Lessingstr
 Breslau - Tel. Ohle 6342

veranstaltet bis zum Fest einen

Großen Weihnachts-Sonder-Verkauf

der für Sie der richtige Moment zum Einkauf ist.
Reichhaltige Auswahl u. billigste Preise zeugen für meine Leistungsfähigkeit.
 Zum Verkauf gelangen.

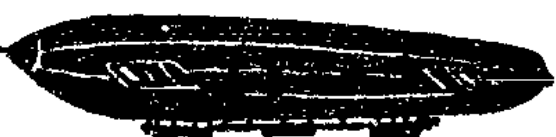
Teppiche

Brücken, Bettvorlagen, Stoffläufer, Kokosläufer und Matten, Wandbilder, Badematten, Möbelbreket- u. Madrasstoffe, Kissenplatten, Fries für Fenstermäntel, Tisch- und Diwanddecken, Tapeten, Wachs- und Ledertuche, Bohnerwachs, Edel-Mop u. a.

Linoleum

Teppiche, Läufer, Vorlagen, Tischlinoleum, Auslegeware, gemustert und einfarbige Stragala-Teppiche, extra billig!

Besuchen u. selbstes Kleben Teilnahme gestattet! Tel. Ohle 6342 Versand nach außerhalb gratis!



Das Weihnachtsgeheim für unsere Jungen.

ERNST KRAFFT

Fliegen und Funken

Ein Buch von Technik, Tat und Traum

Das Buch erzählt von Luftfahrzeugen, schwimmenden Städten, mächtigen Funkentürmen, sowie vom Fernsehen und von der Goldmacherei. Mit vielen Abbildungen. In mehrfarbigem Einband. Ganzleinen 3.50 RM.

ZU BEZIEHEN DURCH:

Volkswacht-Buchhandlung
 N. Graupenstr. 5 u. N. Taschenstr. 11

Das Schönste und Praktischste zum Feste!

Für wenig Geld
 Eleg. Fuchskragen 1. Damen 2.50 M.
 Fuchskragen 20 Stk. Herrenkragen 9.50 M.
 Besatzfell von 2.50 M. Echte Fuchsjacken 9.50 M.
 Leser dieser Zeitung 6% Barabzug.
Pelz-Niederlage, Hübchenstr. 50 L.
 Nähe der Jodowastr. 4816
 Seit Jahren bekannt sehr billig und reell.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 14. Dezember.

Gemeindearbeiterlöhne

und Gebührenforderungen des Magistrats

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat in ihrer gestrigen Sitzung zu den bereits am Montag in der 'Volkswacht' behandelten Magistratsanträgen Stellung genommen. Sie hat nach eingehender Prüfung der Finanzlage der Stadt, deren Schwierigkeit bei der gegenwärtigen Geldknappheit nicht verkannt wird, zu der Ueberzeugung gekommen, daß eine Lohn- und Gehaltssteigerung der städtischen Handwerker, Arbeiter und Arbeiterinnen um 4, 3 und 2 Pf. die Stunde möglich ist, ohne daß vorher die Gebühren für Gas und Elektrizität erhöht werden müßten. Die Fraktion nimmt an, daß es zwar mit der vom Kammerer geleiteten Finanzüberprüfung keine Schwierigkeit hat, daß aber die städtischen Handwerker, Arbeiter und Arbeiterinnen höhere Einnahmen bringen werden, als die vorsichtige Magistratschätzung annimmt. Sie würde auch eine einseitige Gebührenerhöhung in einer Zeit, wo das Geschäftsjahr seinem Ende soweit zuneigt, daß irgendeine anderweitige Regelung nicht mehr möglich ist, auf jeden Fall als ungerecht ablehnen.

Der Haushaltsausschuß der Stadtverordneten-Versammlung hat gestern bereits im voraus zu der Angelegenheit Stellung genommen. Hier würde die Gebührenerhöhung abgelehnt, nachdem die Sozialdemokraten erklärt hatten, daß sie dafür nicht zu haben seien. Die Lohnerhöhung für die städtischen Handwerker, Arbeiter und Arbeiterinnen, wurde dann mit Stimmengleichheit (7 gegen 7 Stimmen) ebenfalls abgelehnt. Dafür stimmten 5 Sozialdemokraten, 1 Kommunist und 1 Deutschnationale, dagegen Deutschnationale, Volkspartei und Zentrum.

Bei dieser Sachlage ist noch nicht vorauszu sehen, wie morgen die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung entscheiden wird.

Breslaus größter Prozeß.

Zwei Monate Verhandlungsdauer.

Vor dem Großen erweiterten Schöffengericht in Breslau wird im nächsten Jahre der sogenannte Reichsbau und -prozeß stattfinden, der wohl als der größte jemals dagewesene Prozeß bezeichnet werden kann. Die beiden Angeklagten sind der Kaufmann Georg Niemann und der Zimmermann Fritz Appel, die unter der Anklage des fortgesetzten Betruges stehen. Sie hatten bekanntlich im vorigen Jahre den Reichsbauvertrag gezeichnet und unter außerordentlich günstigen Bedingungen den Bauarbeiten verschrieben, in ganz kurzer Zeit ihnen zu einem Eigenheim zu verhelfen. Unendlich groß ist die Zahl derer, die sich durch diese Verträge zum Reichsbau verpflichtet haben. Die Anklage lautet, daß sie sich nicht gehalten haben, sondern sich durch die Verträge zum Reichsbau verpflichtet haben, ohne die notwendigen Voraussetzungen zu erfüllen. Die Verhandlungsdauer wird auf zwei Monate veranschlagt. Die Angeklagten werden zu der Verhandlung geladen. Inzwischen hat Appel, weil er noch unbeschuldigt ist, einen Antrag auf Haftentlassung gestellt. Seine Verwandten erklärten sich bereit, eine Sicherheit von 15 000 Mark zu leisten. Vorläufig wurde sein Haftentlassungsantrag abgelehnt, doch wird er im Besonderen wiederholt werden. Der Haftentlassungsantrag dürfte vor allem deshalb abgelehnt worden sein, weil er sich selbst dadurch einem Tüchtlerdach aussetzt, daß er in einem Briefe an seine Braut geschrieben hatte, er wolle nach Amerika gehen. In Anbetracht des umfangreichen Prozeßmaterials dürfte die Hauptverhandlung vor dem Frühjahr nächsten Jahres kaum stattfinden.

Der Prozeß gegen Gellin.

Landgerichtsrat Joseph Gellin wird sich am Freitag vor dem Großen erweiterten Schöffengericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Winter wegen öffentlicher Beleidigung zu verantworten haben. Es handelt sich bekanntlich um jenen Skandalösen Fall, wo Landgerichtsrat Gellin in einem Weinhaus öffentlich eine antisemitische Einstellung zum Ausdruck brachte. Durch seine Äußerungen wollte sich der ebenfalls im Lokal anwesende Landtagsabgeordnete Rektor Herrmann beleidigen. Er wird in dem Prozeß als Nebenkläger auftreten. Der Angeklagte Gellin wird durch Rechtsanwalt Dr. Foerster auf. Zu der Verhandlung sind 13 Zeugen geladen.

Theater und Musik.

Orchesterkonzert.

Prof. Dr. Dohrn begann das Sechste Abonnementskonzert des Orchestervereins im Konzertsaal mit einem zeitgenössischen Werk. In seinem Opus 72 verarbeitete der bekannte Berliner Singakademie-Direktor und Dramatik-Komponist Georg Schumann ein häßliches Thema in Form von Variationen wieder aufleben zu lassen. Der Gedanke wurde auf den Bearbeiter eine solche Anziehungskraft aus, daß er breit angelegtes, vielteiliges Stück daraus entwarf. Schumanns Arbeit verdient insofern Anerkennung, als sie sich auf die technische Gestaltung bezieht: das kleine melodische Motiv wurde geschickt und sauber in verschiedenster Weise - fugal, in Umkehrungen, Verbreiterungen usw. - abgewandelt, und auch die orchestrale Färbung verrät die geübte Hand. Und doch fehlt dem ganzen das lebenspendende Temperament, ohne das die ewigen thematischen Wiederholungen unerträglich ermüdend wirken. Kurz: ein kunstreich und mühevoll, aber trocken-kontrastiertes Gelehrtenwerk. Wieviel echte Musik, frisch quellende Melodik steckt dagegen in dem eigentlichen symphonischen Hauptwerk des Abends, Regers großer Orchester-Serenade. Der Meister des Kontrapunkts hat sich allerdings erst in diesem reifen Werk aus dem engeren kammermusikalischen und solistischen Ausdrucksformen der weiten des modernen Orchesters durchgearbeitet, aber sich gleich als souveräner Beherrscher des Instruments gezeigt. Wieviel er sich hier über das Verständnismäßige hinaus ausgedrückt hat, das ist hier über das Verständnismäßige hinaus nicht lädenlos gelang. Aus der ersten, langsam recht wirren Dinge war es zum Teil unmöglich, die Stimmenordnung herauszuhören. Der Solist des Abends, Adolf Busch, spielte Mendelssohn-Bartholdys Violinkonzert, das - wiewohl ungehörig Einzelstück - erst acht Tage zuvor das Programm des Orchestervereins zierte. Es blieb dem reichen Stimmungsgehalt des Andante sowie dem virtuosen Schluß nicht schuldig und erregte durch eine aus dem Augenblicke geborene, wunderbar persönliche Darstellung. Die Novität sind getriebenen Regers ehrlichen und Busch enthusiastischen Beifall. W. S.-der.

Note Umwandlungen unter dem schwarzen Talar

spielt zurzeit Pastor Meißner vor der Magdalenakirche in Breslau. In dem frommen 'Reichsbote' in Berlin veröffentlicht er einen Artikel über Gehaltsreform und Kinderreife, der so beginnt:

Ein hoffnungsfreudiges Aufatmen ging durch die Herzen der Kinderreichen, als aus ministeriellem Munde öffentlich verkündigt wurde, daß die neue Besoldungsordnung ein stark soziales Gepräge trage. Als dann die ersten Veröffentlichungen über das neue Besoldungsgezet durch die Zeitungen gingen, da zog, gelinde gesagt, eine starke Enttäuschung durch das Herz. Die Frauenzulage fällt fortan ganz resp. wird, wie man so schön sagt, in das Grundgehalt eingebaut (warum?), und die Kinderzulage wird auf den Einheitsfuß von 20 Mark pro Kind festgesetzt, eine kleine Verbesserung für die, welche Kinder unter, eine große Verschlechterung für die, welche Kinder über 14 Jahre haben, denn je älter die Kinder sind, desto größere Aufwendungen müssen gemacht werden. Man kann sich nicht ganz des Eindrucks erwehren, als sei diese Gehaltsreform der Anfang vom Ende der sozialen Gehaltszulagen. Hier muß Wandel geschaffen werden, wenn nicht der gesamten Volksgemeinschaft ein schwerer Schaden entstehen, ja, ich gehe so weit, zu sagen, wenn die deutsche Nation nicht an sich Selbstmord begehen soll.

Man sollte annehmen, daß Pastor Meißner, fortsetzend, eine donnernde Philippika gegen die Schwarz-weiß-roten in Regierung und Reichstag halten würde, aber das ist nicht der Fall. Die rote Umwandlung verliert sich in Betrachtungen über das gottgefällige Werk der Kinderzeugung durch seine Amtsbrüder. Wir lesen da:

Ich kenne einen Amtsbruder, welcher zehn Kinder hat, ich habe deren acht. Ich denke besonders an die Amtsbrüder und Lehrer auf dem Lande, die, wenn sie ihren Kindern die gleiche Bildung zukommen lassen wollen, die sie empfangen haben, gezwungen sind, dieselben in Pension zu geben. Sind hier nicht 20 Mark, bei zehn Kindern 200 Mark, nur ein Tropfen auf den heißen Stein? Wo ist hier ausgleichende Gerechtigkeit gegenüber denen, die gar nicht heiraten oder keine Kinder haben?

So sehr der Pastor recht hat, mit seinen Klagen über die Gehaltsform, sind wir doch der Meinung, daß er am wenigsten Anlaß zum Klagen hat. Denn erstens sind die Pastoren mit Schuld an der heutigen Zusammenfassung von Regierung und Reichstag, außerdem sind wir aber auch der Meinung, daß die Versorgung der Pastoren und ihres reichen Kinderlegens Sache der Kirche ist, der sie dienen. Wir sind zwar für Verstaatlichung von Gruben und Fabriken, aber nicht für Verstaatlichung der Kirchen. Wenn die Geistlichen zu schlecht bezahlt sind, müssen sie sich gewerkschaftlich organisieren und von den Frommen eine bessere Bezahlung verlangen. Die Frommen sind allerdings im Bezahlen immer sehr fleißig, aber das ist doch kein Grund, daß ihnen der Staat ihre Zahlungspflicht abnimmt.

Muffolini's

ehemalige Mitarbeiterin Angelica Balabanoff

spricht in der öffentlichen Versammlung abends 19 1/2 Uhr im Zentralballsaal, Westendstraße 50/52.

Weißt in allen Betrieben auf diese Veranstaltung hin! Kommt zahlreich!

Weihnachts- und Neujahrsverkehr bei der Post.

Es empfiehlt sich, mit der Versendung der Weihnachtspakete möglichst frühzeitig zu beginnen, damit die Paketmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem Fest zusammenhäufen und ohne Verzögerung in die Hände der Empfänger gelangen. Es wird dringend geraten, die Pakete unter Verwendung guter Verpackungsmittel recht dauerhaft herzustellen, die Aufschrift haltbar anzubringen und den Namen des Bestimmungsortes unter näherer Bezeichnung der Lage besonders groß und kräftig niederzuschreiben. Ferner darf nicht unterlassen werden, auf dem Paket auch die vollständige Anschrift des Absenders anzugeben und in das Paket obenau ein Doppel der Aufschrift zu legen. Ebenso sind die Pakete recht haltbar zu verpacken und zu verschließen; Hohlräume sind mit Holzwolle oder anderem Füllmaterial auszufüllen, damit die Sendungen nicht eingedrückt werden können.

Auch der Verkehr am Jahreswechsel wickelt sich glatter ab, wenn die Neujahrsbriefsendungen möglichst frühzeitig aufgegeben und mit vollständiger Anschrift des Empfängers (Straße und Hausnummer mit Gebäudeteil und Stadtteil, Postbezirk und Zustell-Postamt) versehen werden. Durch die Angabe der Zustell-Postanstalt auf den Briefsendungen nach Berlin und anderen Großstädten wird deren Ueberkunft wesentlich beschleunigt. Es wird auch empfohlen, die Freimarken für Neujahrsbriefe nicht erst am 30. und 31. Dezember, sondern schon früher einzulassen, damit im Schalterverkehr keine Störungen eintreten.

Am Sonnabend, den 24. Dezember, werden bei den Postanstalten, wie in den Vorjahren, Dienstbeschränkungen im Verkehr mit dem Publikum vorgenommen. Unter anderem werden die Postschalter im allgemeinen nur bis 4 Uhr nachmittags offen gehalten werden. Im Telegrammannahme- und Fernsprechsprechdienst treten Beschränkungen nicht ein.

Ämtliche Beratung von Bau Lustigen.

Das städtische Presseamt schreibt:

Es muß erneut darauf hingewiesen werden, daß viel Unzuträglichkeiten für die Bau Lustigen dadurch entstehen, daß ohne Kenntnis der für die nähere und weitere Umgebung für Breslau maßgebenden städtebaulichen Pläne Grund und Boden erworben und Hauszinssteueremittel beantragt werden, um Wohngebäude zu errichten. Vielfach erteilt sich dann bei näherer Prüfung das Bauen auf den erworbenen Parzellen als unmöglich, weil diese durch wichtige geplante Straßenzüge oder Grünanlagen durchschnitten werden. Häufig sind die erworbenen Grundstücke für den Bau noch nicht erschlossen, oder es stellen sich Hindernisse anderer Art heraus, die der Sachkundige rechtzeitig zu erkennen nicht imstande ist. Vielfach müssen auch wegen einer unwirtschaftlichen und unzulänglichen Grundrissgestaltung oder wegen unzulänglicher Ausbildung des äußeren Eindrucks gegen das betreffende Bauvorhaben Einwendungen erhoben werden.

Aber selbst dann, wenn gegen den Bauplan und den Bauentwurf von den zuständigen Behörden Einwendungen nicht erhoben worden sind, ist das Wichtigste zur Durchführung des Bauvorhabens noch nicht gescheit, nämlich die Beschaffung der erforderlichen Geldmittel. Auf Anraten der Bauunternehmer, die die Schwierigkeiten der Geldbeschaffung häufig ebenfalls wie die Bauherren in ihrem vollen Umfange übersehen, wird mit dem Bau begonnen, ohne daß für sämtliche, vorläufig einkalkulierte Baukosten die entsprechenden Mittel bereitstehen. Vielfach glauben die Bauunternehmer, die Baukosten mit kurzfristigen Zwischenkreditmitteln abdecken zu können, in der Hoffnung, diese nach Fertigstellung des Hauses durch langfristige Hypotheken leicht ablösen zu können. Vor einem derartigen Vorgehen muß dringend gewarnt werden; selbst in einer Zeit, wo auf dem Geldmarkt leichter Hypothekendarlehen aufgenommen werden können, ist das Eingehen von nach kurzer Zeit zur Rückzahlung fälligen Schuldenpflichtungen nicht unbedingt geradezu gefährlich, aber dies in einer Zeit wie der gegenwärtigen, in der die Beschaffung ausreichender Hypotheken auf die größten Schwierigkeiten stößt. In solchen Fällen können die

öffentlichen Stellen, die Bauposten aus der Hauszinssteuer vergeblich, auch nicht helfen. Denn nach den ministeriellen Richtlinien über die Vergabung der Hauszinssteuerdarlehen dürfen bei der Bewilligung von Hauszinssteuerdarlehen, nur solche Bauvorhaben beantragt werden, bei denen die Beschaffung der neben dem Hauszinssteuerdarlehen erforderlichen Mittel unbedingt hergestellt ist, also entsprechende Eigenmittel und die erforderlichen Hypotheken - nicht nur Zwischenkredite - zur Verfügung stehen. Wenn dann nur aus dem Hauszinssteuerdarlehen aus irgendwelchem Grunde überhaupt nicht oder nicht in der erhofften Höhe bereitgestellt werden kann, sind die Folgen für die Bau Lustigen unabsehbar.

Es wird deshalb nochmals mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß Bau Lustigen, welche die Erwerbung eines Baugrundstückes beabsichtigen oder mit Unterstützung durch Hauszinssteuerdarlehen Wohnungen errichten wollen, bei Bauvorhaben

- 1. innerhalb des jetzigen Stadtgebietes bei der technischen Abteilung für Kleinwohnungsbau, Blücherplatz 14, werktätlich von 10-12 Uhr,
2. im Eingemeindungsgebiet beim Bauamt Stadt-erweiterung, Blücherplatz 16, werktätlich von 10 bis 12 Uhr,
3. außerhalb des Eingemeindungsgebietes beim Kreis-Hochbauamt, Weidenstraße 15, werktätlich (mit Ausnahme von Dienstag und Donnerstag) von 10 bis 1 Uhr,
unentgeltlich in jeder Weise beraten werden. Wer ohne vorherige eingehende Beratung mit der Durchführung eines Bauvorhabens beginnt, hat alle Unkosten, Entschädigungen und eine etwaige Kollage sich selbst zuzuschreiben.

Ein Abreife

ist ein lautscher Freiheitkämpfer. Von einem solchen 'Abreife', der monatlich die Zaren-Kojaken in Schach hielt, berichtet morgen der erste Original-Kaufmännische Film, der um 5 und 8 Uhr im Gewerkschaftshaus zur Vorführung kommt. Außerdem werden wir die heimatische Nordsee im Kulturfilm kennen lernen. Wir weisen auf das heutige Inserat in dieser Zeitung hin.

Die Aufgaben der Rundfunkhörer.

In einer sehr gut besuchten Werberversammlung des Arbeiter-Radio-Bundes am Sonntag sprach der bekannte Rundfunkredner Erich Landsberg über 'Aktualismus oder Historizismus im Rundfunk'. Der Redner wies darauf hin, daß der Rundfunk infolge des fortgeschrittenen technischen Ausbaues gegenwärtig einen der wichtigsten Kulturfaktoren, national wie auch international, darstellt. Die Rundfunk-Programme sind bestrebt, durch ihre Darbietungen Wissen und Kunst zu den breiten Massen der Hörerschaft heranzubringen. Und doch zeigen hier die Programme gewisse Mängel, die ausgeglichen werden müssen, soll der Rundfunk Allgemeingut werden. Immer noch ist zum größten Teil die Programmgestaltung viel zu sehr von dem 'Historizismus', das heißt vom Hängen an der Vergangenheit, beeinflußt.

Der durch die tägliche Arbeit erschöpfte Mensch sucht am Hörer des Radioapparates Erholung. Diese wird zweifellos durch musikalische Vorträge gefördert. Aber immer wird die Gegenwart zu wenig berücksichtigt. Vorträge über die Steinzeit und ähnliche Wissensgebiete, wenn auch durch hervorragende Wissenschaftler gesprochen, herablassend zu wenig die Aktualität, das heißt Gegenwartstragen, die ja besonders den arbeitenden Menschen interessieren. Hindernis ersieht hierbei die Bestimmung, daß der Rundfunk unpolitisch eingestellt sein müsse, obwohl im wirklichen Leben alles mit Politik eng verknüpft ist. Dieses Unpolitische zieht von der Politik ab, und doch die Arbeiterschaft das Gros der Hörer bildet, so ist hier die Frage aufzuwerfen, ob bei diesem Verfahren nicht bestimmte Tendenzen ausgedrückt werden. Daher haben die Rundfunkhörer zu verlangen, daß bei der Programmgestaltung des Senders die Gegenwart genügend berücksichtigt wird, weil eben der arbeitende Mensch an den Dingen der Gegenwart besonders stark interessiert ist. Eine weitere Aufgabe der Hörer liegt in der kritischen Beurteilung der Darbietungen des Senders und ebenso der einzelnen Vortragenden. Die Kritik der Rundfunkprogramme entbehrt noch immer der festen Norm. So kommt es, daß gerade die Druckschwärze kleinster und allerfeinster Zeitungen an den maßgebenden Stellen sehr oft viel mehr Eindruck macht, als die sachliche Kritik der großen Tageszeitungen. Aber es kommt nicht immer auf die Kritik eines Einzelnen an, sondern auf die Wirkung, die dieser oder jener Vortrag auf die übrigen Hörenden macht. Es ergibt sich somit für den Hörer die Notwendigkeit, den ausübenden Künstler wie auch Vortragenden wissen zu lassen, welcher Eindruck erzielt worden ist. Darüber hinaus sollte gerade in der Hörer-Organisation durch den freien Meinungsaustausch von der Möglichkeit der Hörerkritik Gebrauch gemacht werden.

Die durch viele Beispiele fundierten Ausführungen Landsbergs fanden starken Beifall. Der blinde Junckfreund Kettner sprach sich warm im Sinne des Vortragenden aus. Der Vorsitzende der Bezirksgruppe des Arbeiter-Radio-Bundes, Genosse Junckfreund Prybilla, wies noch auf einige der Differenzen zwischen Arbeiter-Radio-Bund und Senderleitung hin. Forderungen des Arbeiter-Radio-Bundes zur Ausgestaltung des Sendeprogramms, um mehr den Wünschen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen, werden nur unzureichend erfüllt. Als Musterbeispiel diene hierzu, daß vorgeschlagen wurde, einen Sozialdemokraten über Bismard sprechen zu lassen. Der politische Ueberwachungs-ausschuß beschloß aber anders. So wird nun der deutschnationale Geheimrat Helfrich über Bismard sprechen. Hier kann natürlich von politischer Neutralität keine Rede mehr sein. Das gleiche gilt noch von der 'Postreklame', die angeblich immer dann Schwierigkeiten macht, wenn es gilt, Veranstaltungen des Arbeiter-Radio-Bundes, selbst wenn es sich um Werbeveranstaltungen handelt, bekannt zu geben. Die Arbeiterschaft betrachtet den Rundfunk als eine Bildungsmöglichkeit, und das unter dem alten Regime der Arbeiterschaft systematisch unterschlagene Wissen nachzuholen.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Arbeiterschaft das Gros der Hörer darstellt, ist es unverständlich, Forderungen bezüglich der Programmgestaltung nicht zu erfüllen.

Junckfreund Meißner wies dann noch darauf hin, daß als Hörer-Organisation für die Arbeiterschaft nur allein der Arbeiter-Radio-Bund in Frage kommt, der auch das Klasseninteresse gegenüber dem Rundfunk in stärkstem Maße vertritt.

Gleichzeitig fand eine Ausstellung selbstgehafter Apparate statt, die zum größten Teil in der Baufestunde des Arbeiter-Radio-Bundes hergestellt worden sind. Die Beschäftigung ergab, daß die Hersteller, vom Dienstleister und Bäcker angefangen, bei laubarster Handarbeit auch über ein weitgehendes Maß vor technischen Kenntnissen verfügen müssen, um denartige komplizierte wie auch hochempfindliche Empfangsapparate anfertigen zu können. Auch diese Ausstellung, die sehr stark von Interessenten besucht war, kann als ein Plus für den Arbeiter-Radio-Bund und besonders für seinen Vorsitzenden, Junckfreund Genossen Kudziella, gebucht werden. Erwähnenswert ist noch, daß die Ausstellungen der einzelnen Redner vom kleinen Saale des Gewerkschaftshauses nach den Ausstellungsräumen im ersten Stockwerk durch eine selbstgebaute Mikrophon-Anlage übertragen wurden. Diese ist von den Junckfreunden Fellbaum und Schuster angefertigt worden.

Wachsen und Leistungen der Volksfürsorge.

In den ersten 10 Monaten des Jahres 1927 sind bei der Versicherungsgesellschaft der deutschen Arbeitnehmerschaft...

In diesem Jahre sind bis einschließlich Oktober rund 910 000 Mark an Versicherungssummen zur Auszahlung gebracht worden.

Jeber, der die Notwendigkeit einer Versicherung erkennt, sollte sich daher nur im eigenen Unternehmen der Arbeiterschaft, der Volksfürsorge, versichern.

Allgemeines aus der Rentenrechtssprechung.

Wie sich manche gesetzlichen Bestimmungen in einem Bureaukratenhirn auswirken, was für Absurditäten sie im Gefolge haben können, das zeigt wieder eine Verhandlung vor dem Oberverwaltungsamt.

Viel Arbeit für die Gerichte.

Bisher tagten beim hiesigen Landgericht drei Große erweiterte Schöffengerichte. Da diese die Arbeiten nicht bewältigen konnten, mußte jeden Sonnabend ein außerordentliches Großes Schöffengericht eine Sitzung abhalten.

Kriegsspielzeug.

Gewiß bedarf ein großer Teil unserer Arbeiterkinder heute keiner Aufklärung mehr über das Kriegsspielzeug.

Die Gründe der Ablehnung des Kriegsspielzeugs sind oft nicht genügend klar und bewußt. Sie müssen deutlich ausgesprochen werden, um den eigenen Standpunkt zu verdeutlichen.

Was ist nun aber, abgesehen von den politischen Kindereien, beim Soldatenspiel so Schlimmes? Die Antwort ist einfach: man spielt eben nicht mit dem Tode, oder besser: man spielt nicht mit dem Leben und seinen Symptolen!

Ferner ist darauf hinzuweisen, daß zu den aus diesen oder ähnlichen Gründen abzulehnenden Gegenständen nicht nur Soldaten- und Spielwaffen, sondern auch Bücher, die den Krieg verherrlichen, Bilder, die die Qualen Verwundeter und Sterbender, die den Stiegesraub darstellen, gehören.

Betriebsleitung der Elektrizitätswerte!

Der Verein des Breslauer Einzelhandels schreibt uns: Anlässlich der Betriebsleitung der Stromzufuhr ist ein Teil der Breslauer Geschäftsleute, vorwiegend der Einzelhandel, erheblich gefährdet worden.

Strom aber für Störungen anderer Art bei stärkerer Inanspruchnahme der Elektrizitätswerte auf der finanziellen Seite zu suchen ist, so müssen Magistrat und Stadtvorstand...

Achtung! Betrifft Kirchensteuerpflicht!

Der Vorstand für Freibankentum und Feuerbestattung bittet um Aufnahme folgender Fellen:

Am unser Büro, Abteilung Auskünfte, zu entlasten, legen wir uns genötigt, folgende gesetzliche Bestimmungen allgemein in Erinnerung zu bringen:

1. Jeder Bürger über 14 Jahre kann zur Kirchensteuer herangezogen werden. Die Steuer wird nach erfolgter Genehmigung in Prozentlagen von der Einkommensteuer berechnet.

2. Befreiung von der Kirchensteuer tritt nur nach erfolgtem Austritt aus der Kirchengemeinschaft ein. Der Austritt zeitigt diese Folge am Ende des Kirchensteuerjahres.

3. In Breslau wird die Austrittserklärung von jeder über 14 Jahre alten Person völlig kostenfrei auf dem Amtsgericht, Zimmer 147, vormittags von 9-12 Uhr entgegengenommen.

Der Sohn der Berge

Der Freiheitskampf im Kaukasus. Der erste Original-Kaukasische Film Kulturprogramm: „Die Nordsee“.

Donnerstag, den 15. u. Freitag, den 16. Dezbr., in den Gewerkschaftshaus-Lichtspielen Jugend und Kindern verboten.

Schwurgericht.

Mit einer auf recht schwachen Füßen stehenden Anklage wegen willentlicher Meineides hatte sich am Montag das Breslauer Schwurgericht zu beschäftigen.

Diebesjagd.

In der Nacht zum 26. Oktober dieses Jahres wurden auf der Steinstraße Einbrecher von der Polizei gelocht, die der Filiale der Reichsbank von Dietrich einen Besuch abgestattet hatten.

zwei Säcke mit Fleisch- und Kurzwaren waren dies die gestohlenen Waren aus der Dietrichschen Filiale. Der Mann, es war der 21 Jahre alte Baumarbeiter...

Mißbräuchliche Inanspruchnahme von Arbeitslosenunterstützung.

Der Magistrat schreibt: Immer wieder kommen Fälle vor, daß Arbeitslose, Gelegenheitsarbeit verrichtend, Arbeitslosen- oder Arbeitslosenunterstützung beziehen, ohne den Verdienst aus dieser Arbeit...

Die Meldeliste ist vom Inhaber selbst an den geschriebenen Tagen im Arbeitsnachweisamt bei Nachfrage Arbeit vorzulegen. Vorklage der Karte durch eine andere Person ist verboten.

Bezieht ein Arbeitsloser während des Bezuges von Arbeitslosen- oder Arbeitslosenunterstützung Nebenverdienst aus Gelegenheitsarbeit, so ist in jedem Falle umgehend der zuständige Dienststelle ebenso wie von jeder Veränderung in den wirtschaftlichen Verhältnissen oder denen des Hausstandes Mitteilung zu machen.

Nach dem neuen Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. 7. 1927 ist für Nebenverdienst anrechnungsfreie Grenze auf 20 Prozent der Wochenunterstützung festgesetzt worden.

Das Breslauer 25-Stunden-Rennen zu Weihnachten. Breslauer Sportarena bringt am ersten und zweiten Weihnachtstag ihr traditionelles 25-Stunden-Mannschaftsrennen...

Das Breslauer Schwerverhörigen-Berein, e. B., hält am 20. Dezember, um 19 Uhr, Weihnachtsfeier ab, und zwar in der Taubstummenanstalt, Gartenhaus, Sternstraße.

Kapelle-Spiele im Schiedmayeraal (Eingang Carlstraße 43/49). Donnerstag, den 15. Dezember, 16 Uhr, als festliche Aufführung vor Weihnachten: „Hänsel und Gretel“.

Die Sprechstunden der Fürsorgestelle für Kriegshinterbliebene werden wegen organisatorischer Umstellungen im Wohlfahrtsamt, Ritterplatz 1, von Donnerstag, den 15. d. Mts. an bis 14 Tage auf 8 bis 12 Uhr täglich und ferner an den Donnerstagen und Sonnabenden von 15 bis 19 Uhr festgesetzt.

Wenn bei Glattets kein Sand gekreut wird. Auf dem Bürgersteig des Grundstückes Sedanstraße 26 glitt am Dienstagvormittag die Witwe Berta Jaroschet, Kaiser-Wilhelmstraße 7, wohnhaft, auf dem glatten Pflaster aus, stürzte und erlitt einen Oberschenkelbruch.

Ein galanter Dieb. Ein auswärtiger Mann ließ sich, als er mit einem Eisenbahnzug auf einem hiesigen Bahnhof ankam, von einem unbekannten Manne den Ueberzieher anziehen helfen.

Leeres Schlafen. In einem Schanklokal am Karlsplatz ist ein Händler ein Geschwür mit 180 Mark gestohlen worden, als er schlief.

10 Tauben im Werte von 200 Mark wurden einer Frau aus einer Laube am Friesenplatz durch einen Einbruch gestohlen.

Verharmloste Diebe. Einem Stellenbesucher aus Jentsch, Kreis Opatowitz, der mit 68 Haken nach Breslau gekommen war, wurden in einem Gehhof in der Scheiniger Straße 4 Haken vom Wagen gestohlen.

Diebstahl in einem Kaufhaus. Am Montag wurden zwei Frauen aus Groß-Döbern in Obereschleben im Kaufhaus von Messow und Waldhmidt festgenommen, wo sie bei verschiedenen Diebstählen beobachtet worden waren.

Diebstahl in einem Kaufhaus. Am Montag wurden zwei Frauen aus Groß-Döbern in Obereschleben im Kaufhaus von Messow und Waldhmidt festgenommen, wo sie bei verschiedenen Diebstählen beobachtet worden waren.

Drei Damastpelze im Werte von 1400 Mark wurden am Dienstag nachmittag aus dem Ausstellungsraum eines Geschäfts in der Scheiniger Straße gestohlen.

Aus Schlessen.

Prälat Ullrich spricht

Aber die Verkehrsfragen und die Gefahren des Handelsvertrages. Der Zentrumsführer, Prälat Ullrich, veröffentlicht in der oberösterreichischen Zentrumszeitung einen Artikel, der sich im wesentlichen mit der oberösterreichischen Verkehrsfrage beschäftigt und in dem er einen Teil seiner hierzu im Reichstag gehaltenen Rede wiedergibt. Diese Rede ist für uns deshalb interessant, weil sie zeigt, wie weit die Gesichtspunkte der Sozialdemokratie von denen des Zentrums selbst in dieser technisch-wirtschaftlichen Frage auseinandergehen. Ist sich der Herr Prälat auch über die Notwendigkeit des Ausbaues der Verkehrswege einig, so begründet er doch diese Notwendigkeit mit nationalen Pflichten, nationalen Gefahren — er spricht sogar von den Gefahren kriegerischer Verwicklungen an der Ostgrenze — und anderen Dingen, die mit den einfach nützlichsten wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Verkehrsbaues wenig zu tun haben. Wie aus den Beziehungen von Arbeiter und Unternehmer wird hier aus der harten Wirklichkeit des Westens eine Art Mysterienspiel für die gläubigen Anhänger der Zentrumspartei gemacht.

Dahinter aber stehen Klasseninteressen und Klassenegoismus, gepaart mit nationaler Begrenztheit. Man lese nur, was der Vater und Führer des oberösterreichischen Zentrums über den Handelsvertrag zu sagen wußte: „Bevorzugte Sorge darf der Osten auch wegen der Gefährdung (1), die ihm in wirtschaftlicher Beziehung aus dem deutsch-polnischen Handelsvertrage drohen, in Anspruch nehmen. Für Industrie und Landwirtschaft des Ostens müssen wir die schwersten Auswirkungen aus diesem Handelsvertrage befürchten.“

Also Verewigung des wahnwichtigen Zustandes, den der Zollkrieg geschaffen hat, Verewigung der Utopie, daß die kapitalistisch entwickelte Produktion, gleich welchen Landes, in den engen Grenzen der staatlichen Organisation selbstgenügsam zu leben vermöge und im Gefolge dieser Gedankengänge die „kriegerischen Verwicklungen“, die der geistliche Herr seherisch vorausahnt.

Wir „ahnen“ nicht, aber wir greifen die Wirklichkeit dieser kapitalistischen Welt mit unseren Händen, sehen die Notwendigkeit des Güterausstausches der Völker und werden uns mit den ganzen und nicht geringen Kräften, die der organisierten Arbeiterklasse innewohnen, dagegen wehren, daß die künftigen „kriegerischen Verwicklungen“ an der Ostgrenze durch Interessenpolitik kapitalistischer Profitgier, denen die polnische Konkurrenz unbenommen ist, gefördert werden.

Das mögen sich auch die Vertreter dieser Interessen in der Zentrumspartei gesagt sein lassen.

Ein Erfolg des Landarbeiterverbandes.

Krankentafelwahlen im Kreise Trebnitz. Am Sonntag, den 4. Dezember, fanden im Kreise Trebnitz die Wahlen des Ausschusses zur Landkrankenkasse statt. Die Auszählung der Stimmen erfolgte erst Ende voriger Woche. Das Ergebnis ist folgendes: Es wurden insgesamt 4420 Stimmen abgegeben, gleich 59 Prozent aller in dieser Krankenkasse versicherten Arbeiter. Von diesen Stimmen entfielen auf die Liste des Deutschen Landarbeiterverbandes 3216, auf die Liste des Allgemeinen Schweizerbundes 62, und auf die Liste des Landbundes 1142 Stimmen. Berücksichtigt man, daß ein großer Teil der Versicherten unter 21 Jahren das Wahlrecht nicht ausüben dürfte, so kann ohne Uebertreibung behauptet werden, daß bei den 50 Prozent alles gewährt hat, was sich zu seiner Klasse bekennt, denn unter den 1142 Landbundsstimmen befindet sich fast keine Stimme wirklicher Landarbeiter, sondern die den auf den großen Gütern um die Gutsverwaltung im engeren Kreise tätigen Gutsbeamten und Angestellten.

Der Kreis Trebnitz ist der einzige Kreis in Schlessen, wo ein erheblicher Teil der Gutsverwaltungen die Landarbeiter direkt oder indirekt gesponsoren haben, dem Landbund an-Vorsitzung sich mit dem Geigen und Fassen der Roggenpreise werkschaftsrichtung deren Tarifvertrag kein gegenseitiges Kiagericht geht aus der Willensäußerung dieser Wahl hervor, wo sich die Arbeiterchaft der Groß-Gutsverwaltungen reiflos zu der gewerkschaftlichen Richtung des D.L.B. bekennen.

Die Veranlassungen, die in erheblicher Zahl vom D.L.B. veranstaltet wurden, waren fast reiflos stark besucht und was besonders auffällig war, daß in jeder dieser Versammlungen die Gutsbesitzer als getreue Aufsichtsbehörde erschienen war. Die besondere Fürsorge um die Landarbeiterschaft bietet an und für sich schon den Beweis, daß die Trebnitzer Arbeiterchaft ihrer Arbeiterchaft nicht mehr viel Anhänglichkeit und Treue zu der gelben Gewerkschaft zutraut, denn sonst hätte man nicht versucht, indirekt die Landarbeiter vom Eintritt in den D.L.B. abzuhalten. Daß ihnen dieses nicht gelungen ist, beweisen die in großer Zahl getätigten Aufnahmen für den D.L.B. Man merkt es den Landarbeitern und ihren Frauen an, daß sie auf solche eine Gelegenheit gewartet haben, wo es ihnen möglich gemacht wurde, das Zusammengehörigkeitsgefühl mit der übrigen schlessischen Landarbeiterschaft für den D.L.B. zu bekunden. Durch dieses Wahlergebnis erhält der D.L.B. neun Sitze im Ausschuss, während die gemischte Liste der Christlich-nationalen und des Pommerischen Landarbeiterverbandes zusammen nur drei Sitze erhalten.

Bisher wurde die Kasse lediglich von Inspektoren und der gelben Richtung beherrscht. Der D.L.B. hatte keinen einzigen Vertreter im Vorstand. Nunmehr hat er unter Berücksichtigung der Arbeitgeberliste die Hälfte für Ausübung und Vorstand erobert. Dadurch, daß die Inspektoren und Arbeitgeber die Kasse bisher allein beherrschten, war die Trebnitzer Landkrankenkasse sehr rückwärts gelangt. Sollte sie doch noch nicht einmal trotz erheblicher Beiträge die Familienversicherung eingeleitet.

Wichtig wurde die Erhaltung von Versammlungen unmöglich gemacht, weil die Geschäftskassen zum größten Teil der Gutsbesitzer gehören und durch diese die Herabgabe eines Versammlungsraumes verweigert wurden. Trebnitz hat sich gezeigt, daß mit brutaler Gewalt und Bevormundung die wirtschaftliche Herabsetzung der Landarbeiter nicht mehr gefördert werden konnte. Die Zeiten, wo der Wahlkampf und sonstige Bevormundungsmittel noch gegen haben, sind endgültig vorüber. Ein Zeichen, daß nach dem Fortschritt der Zeit auch die Landarbeiter in politischen und wirtschaftlichen Dingen sich ihr eigenes Urteil bilden. Im übrigen gestattet die Landkrankenkaßtenwahl einen Ausblick für die im nächsten Jahre stattfindenden Reichstags- und Landtagswahlen.

Landarbeiter aus der übrigen Provinz. Aus diesem Ergebnis kann ich mit Stolz erkennen, daß der Glanz der Landarbeiterschaft an ihre für sie nur allein richtig kämpfende gewerkschaftliche Organisation übergegangen ist. In Zukunft werden wir überall nach, dann wird sie bei den künftigen Verhandlungen auch einen besseren Erfolg für auch Frauen haben.

Die sozialistische Einheitsfront in Ostschlessen.

Ein gemeinsamer Beschuß der D.P.S. und D.S.P. Wie aus Rattowich berichtet wird, haben der Kooperationsrat der Sozialistischen Sozialistischen Partei (D.P.S.) und der Parteivorstand der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (D.S.P.) am Sonntag in gemeinsamer Sitzung in Gosen, die sozialistische Einheitsfront bei den kommenden Wahlen zum Reichstag sein Ziel erreicht und bekannt gegeben.

Die D.S.P. und die D.P.S. gehen bei den nächsten Wahlen zum Reichstag ein gemeinsames Sowohl über die Kandidatenfrage, als auch über die technische Durchführung des Wahltampfes in Einheitlichkeit erlangt worden. Nähere Informationen werden in der nächsten Zeit in der Parteipresse veröffentlicht werden.

Es lebe die sozialistische Einheitsfront!
Rada Wojewodstva W. P. S.
Parteiorgan der D.S.P.

Wild-Rast in Ostschlessen.

In der Nähe des Altfriedrichs bei Rattowich wurde dieser Tage ein dreifaches Banditenraub verübt. Mit nachgehaltenen Schusswaffen zwangen zwei Räuber den Chauffeur Leon R., der mit einem Personauto zur Nachzeit von Rattowich nach Siemianowich fuhr, zu halten. Einer der Räuber verletzte dem Chauffeur mit dem Revolver einen heftigen Schlag auf den Kopf, so daß dieser bewußtlos zusammensank, worauf dem Ueberfallenen ein Geldbetrag geraubt wurde. Als sich ein zweites Auto näherte, festhielt die Verbrecher das Auto, indem sich der bewußtlose Chauffeur befand, in Bewegung und flüchtete in der Richtung nach Siemianowich bis zum Mac Pietra. Daraufhin verließen die Banditen das Auto und verschwanden.

Eine oberösterreichische Gemeinde typhusverfeucht.

Großes Aufsehen erregte der Untersuchungsbesuch des Böhmerischen Hygienischen Instituts bezüglich des Trinkwassers der Gemeinde Klein. Dieses Wasser wurde für stark verfeucht erklärt, eine Feststellung, deren Auswirkung die 700 Einwohner der Gemeinde schon seit 30 Jahren an sich erfahren haben. In jedem Hause, in jeder Familie ist der Typhus zu Hause. Schuld daran ist eben das Wasser der zwei Schächelbrunnen, auf dessen Unhygienizität und Gefährlichkeit man schon seit Jahren aufs eindringlichste hingewiesen hat. Es ist endlich an der Zeit, daß die Wasserfrage dieser Gemeinde eine andere Regelung erfährt, soll sie nicht ein beständiger Krankheitsherd für den Kreis und darüber hinaus für die ganze Provinz bleiben.

Greiburg. Genossenschaftlicher Zusammenschluß. Seit einiger Zeit schweben Verhandlungen zwischen dem hiesigen und dem Neusalzbrunner Konsumverein zwecks Zusammenschluß. Dieser Tage fand eine außerordentliche Generalversammlung statt, in der die notwendigen Vorarbeiten geleistet wurden und in der man mit überwältigender Mehrheit der Zusammenschließung zustimmte. Damit ist jedoch der Zusammenschluß noch nicht vollzogen, da die im Statut vorgeschriebenen zwei Drittel der Mitglieder in der Versammlung nicht anwesend waren und erst eine innerhalb vier Wochen einzuuberufende neue Generalversammlung, die ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen berechtigt ist, Beschlüsse zu fassen, wird über die Frage endgültig entscheiden.

Waldenburg. Schachtelsturz. Wie gemeldet, war vor einiger Zeit der Schachtel der David-Grube in Konradsthal in etwa 40 Meter Länge zusammengeführt. Eine ganze Anzahl Bauarbeiter war jetzt damit beschäftigt, diesen Schachtel wieder aufzubauen. Plötzlich bemerkte der Aufsichtsbearbeiter Gerulische im Gestein, und er ließ sofort die Arbeit einstellen. Seinen Beobachtungen ist es zu danken, daß nicht sämtliche Arbeiter verschüttet wurden, denn wenige Augenblicke später brach der Schachtel unter ungeheurer Getöse erneut vollständig zusammen. Der Schaden ist derzeit groß, daß die Grubenverwaltung von einem Wiederaufbau des Schachtels absieht und einen Schachtel treiben läßt. Die Förderung der Kohle wird auf Umwegen aufrecht erhalten, so daß die Belegschaft weiter voll beschäftigt werden kann.

Manuskripte

unserer Mitarbeiter oder der befreundeten Organisationen müssen im Interesse der bestmöglichen Erleuchtung und zur Vermeidung von Mißverständnissen stets in der Redaktion abgegeben oder an diese adressiert werden. Es empfiehlt sich ferner, stets in kurzen Begleitworten den Absender und etwaige besondere Wünsche anzugeben. Für den Provinzteil der „Volkswacht“ bestimmte Manuskripte sind unpersönlich an die „Provinzredaktion“ zu adressieren.

Siegen. Der intelligente Hund. Durch seine Unachtsamkeit geriet ein Schäferhund unter das Auto. Er erlag aber mit seinem Instinkt sehr rasch die Situation, klemmte sich mit plattebriechtem Körper fest an den Boden, und das Auto fuhr über ihn hinweg, ohne ihm nennenswerten Schaden zuzufügen. Er konnte sofort vom Boden aufspringen und flüchtete auf sein Frauchen zu, das den geretteten Liebling freudig begrüßte.

Haynau. Bei einer Zahnoperation verstorben: Ein hiesiger Zahnarzt nahm bei einem etwas schwächlichen Patienten eine an sich nicht wesentliche Operation vor, die gut verlief. Später stellten sich jedoch plötzlich Komplikationen ein, die zum Ableben des Patienten führten.

Kreibaun, Kreis Haynau. Erst gewordener Scherz. Der 15jährige Kleiderhändler Fritz Stempel wollte das Dienstmädchen durch vorgetänzelten Selbstmord erschrecken. Zu diesem Zweck stellte er sich in der Scheune auf ein Bünd Stroh und legte sich eine Schlinge um den Hals. Unglücklicherweise verlor er sich aber das Bünd, so daß St. mit den Füßen in der Luft schwebte. Die Schlinge zog sich natürlich zu und der unglückliche Junge mußte den beabsichtigten, schließlichen Scherz mit dem Tode büßen.

Bunzlau. Eine kommunalpolitische Konferenz der Sozialdemokratischen Partei tagte hier am vergangenen Sonntag. Nach einem Vortrag des ersten Bürgermeisters Burmann (Bunzlau) war das Ergebnis der Aussprache folgende Beschlüsse: Die in Bunzlau am 2. Dezember abgehaltene Versammlung der Vertreter der kommunalen Arbeitgemeinschaften des Regierungsbezirks Siegen vom 11. Dezember 1927 fordert: 1. Die Verwaltungsreform muß beendigt werden. Die Schaffung des deutschen Einheitsstaates und die Zentralisierung der Verwaltung zugunsten der Selbstverwaltung ist ein dringendes Gebot der Stunde. 2. Zur Förderung wirklicher sozialer Arbeit in den leistungsschwachen Industrie- und Landgemeinden ist eine Steuervereinfachung mit sozialer Rücksicht notwendig. 3. Die kommunalen Wirtschaftsbetriebe sind fest in der öffentlichen Hand zu halten. Die Gasversorgung darf nur in gemeinsamer Weise und von der öffentlichen Hand durchgeführt werden. 4. Schachts Standpunkt, daß Grundanlagen, Straßen und andere Anlagen zur Hebung der Volkswirtschaft zugunsten der Arbeiter zu sein. Es bleibt bedauerlich, daß Schacht sich zum Vorhinein der reaktionären Schwerindustrie gemacht hat. 5. Der Aufschwung der Eisenindustrie, die durch Gesetz baldigst erfolgen muß, ist die erste Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Hermersdorf, Kreis Görlitz. Wer kennt die Tote? Am 6. Dezember wurde bei Hermersdorf eine unbekanntes Frau vom Schnellzug überfahren und getötet. Es liegt vermutlich Selbstmord vor. Die Tote ist ungefähr 25 bis 28 Jahre alt, von mittlerer Größe und ist beiderseitig mit einem dunkelbraunen Ledermantel, braunen bestrickten Handschuhen, grauer, wollener Unterbekleidung und einem Schiefer. Inoffizielle Angaben ermittelte die Kriminalpolizei in Breslau. Zimmer 6, Schloßstraße 46.

Alt-Reichenau, Kreis Bielefeld. Mordanschlag wurde einem hiesigen Kaufmann verübt, weshalb er sich vor dem Schöffengericht in Hildesberg zu verantworten hatte. Ronger hat mit seiner Frau zusammen, von denen die eine noch in Hildesheim lebt, geschäftlichen Verkehr gepflegt, der bei beiden Nachbarn nicht ohne Folgen blieb. Die ältere Tochter war anverlobt dem Verleher zwischen ihrer jüngeren Schwester und dem Vater verlobt zu haben. Der Mordanschlag wurde in der

Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, die ältere Tochter zu sechs Monaten Zuchthaus verurteilt.

Landeshut. Unter den Eisenbahnzug gerate. Auf ganz eigenartige Weise kam die 28jährige Tochter des Viehhalters Bohrl aus Pfaffenborn, Kreis Landeshut, ums Leben. Der von Schmilberg kommende Zug, der sich nach vor der Station Landeshut befand, kam zum Stehen und Kräutlein Bohrl nahm an, daß sie schon in Landeshut sei. Sie stieg aus. Im nächsten Moment kam der nach Liebau fahrende Zug aus der Station Landeshut herausgefahren, erfaßte das Mädchen und schleifte es zu Tode. Der Kopf wurde ihr buchstäblich vom Rumpfe getrennt. Kräutlein Bohrl Kräftig, der sie am Bahnhof Landeshut erwartete, war unglücklicherweise der erste, der sie so verstimmt zu Gesicht bekam.

Stettin. Wahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse. Die Wahlbeteiligung zu den Ortskrankenkassen ist sehr mäßig gewesen. Laut amtlichem Ergebnis hat nur ein Drittel der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Von den 1967 abgegebenen Stimmen erhielt die Liste der christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Verbände 1008 Stimmen (21 Kandidaten für den Ausschuss), die Liste der freien Gewerkschaften erhielt 930 Stimmen (13 Kandidaten).

Landkreis Breslau/Neumarkt. Freigewerkschaftliche Majorität bei der Landkrankenkasse.

Wie uns kurz vor Redaktionsschluss mitgeteilt wird, hat die Wahl zum Ausschuss der Landkrankenkasse Breslau-Land eine Zweidrittel-Majorität der Liste des Deutschen Landarbeiterverbandes ergeben. Nähere Angaben über diesen erfreulichen Erfolg des freigewerkschaftlichen Gedankens im ländlichen Proletariat folgen morgen.

Klettenberg hat keinen Dorfteich. Daher muß die gestern von uns übernommene Korrespondenzmeldung von einem in diesem Dorfteich ertrunkenen Schüler auf einem Irrtum beruhen. Vermutlich handelt es sich um Klettenberg, Kr. Schwelbitz.

Herrnproß. Lichtbildervortrag der Partei. Welchen Wert ein Lichtbildervortrag für die Werberbeit der Partei hat, konnte man am vergangenen Mittwoch sehen. Der Saal von Maslow war überfüllt. Das Lichtbild, der Film unterstützt das gesprochene Wort und prägt sich besser ein, als noch so überzeugend vorgetragene Zahlen und Daten. Genosse Janke Neukirch sprach in eindringlicher Sprache von dem Leben des proletarischen Kindes, wirtungsvoll unterstützt durch die gezeigten Bilder. Hier sah man so recht das Elend des Arbeiterkindes und als Gegenbeispiel, wie Herrschaftskinder ihr Leben fristen. Werauch der Weg aus dem Elend wurde gezeigt. Diesen Weg muß das arbeitende Volk sich selbst herstellen, damit ihre Kinder darauf wandeln können zur Freiheit, zur Sonne, zum Licht. Der starke Beifall allein tut es nicht, jeder muß mit heißen, unseren Kindern das Leben zu verbessern durch Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei.

Ein Adventskonzert in der Heilstätte veranstaltete die Kreisliche Chorvereinigung unter Leitung von Kapellmeister Franz Klein. Das wie immer gut besuchte Haus zeigte auch nicht mit Beifall. Es war wieder ein sehr genussreicher Abend.

Krampe. Volksversammlung. Eine zufriedensstellend besuchte Versammlung konnten wir hier am vergangenen Sonntag abhalten. Der Referent, Genosse Schiffer, führte den Versammlungsteilnehmern so recht ihren Anteil als Betrogenen der Bürgerblockregierung vor Augen. Wir konnten feststellen, daß in dem sonst so deutungslos eingestellten Kleinbauernum unter Führung ihres Herren Hennig der Glauben an den Führer sehr zurückgegangen ist, da die Errettung durch die Regierung ausblieb. Herr Hennig konnte als Diskussionsredner nur schlecht verständliche Ausreden stammeln, die im Schlusswort von Genossen Schiffer ausreichend widerlegt wurden. — Ebenso zufriedensstellend verlief die darauf folgende Versammlung in Muderau.

Wilschütz. Öffentliche Versammlung. Am Sonntag, den 11. Dezember, nachmittags 8 Uhr, fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse A. Linke-Groß-Ischanitz referierte. Der Redner verstand es, über die Mißwirtschaft der Bürgerblock-Regierung zu sprechen und ebenso über die Notwendigkeit der Sozialdemokratie in dem größten bis zum kleinsten Parlament; desgleichen auch über die Angliederung des Kleinbauers an die Sozialdemokratie, da selbige die beste Interessensvertretung für den Land- und Industriearbeiter, sowie überhaupt des kleinen Mannes ist. Das Ergebnis der Versammlung waren eifrige „Volkswacht“-Leser, sowie fünf neue Mitglieder für die Sozialdemokratie. Zu der Versammlung waren gleichfalls die Reichsbanner-Kapelle, sowie Parteigenossen von Hundsfeld mit der Parteiflagge erschienen.

Waltz. Aus der Gemeinderetzung. In der am 8. Dezember tagenden Sitzung wurde der Beitritt der Gemeinde zur schlessischen Arbeitgemeinschaft „Wochenende“ e. V. sowie dem Volksbund deutscher Kriegerverwehrlieferanten e. V. abgelehnt. Beschlossen wurde, 40 Mitglieder der Fliegerfeuerwehr bei der Feuerwehrnarkasse zu versichern. Die Forderung der Wohnungszwangswirtschaft (§ 3 der 2. diesbezüglichen Verordnung vom 13. Oktober 1927) wurde von den Bürgern gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen, und zwar mit der Begründung, daß im Sinne des Gesetzes auch in Waltz kein Wohnungsmangel besteht. (1) Sogar ein Gemeinderat, welcher auf Grund der Mieterkassenliste als solcher gewählt wurde, und Vorsitzender des Mieterkassenvereins Waltz war, stimmte für die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft. Ferner wurde beschlossen, in der Siedlung drei Straßenlampen anzulegen, dagegen wurde der Verkauf des Lichtleitungsnetzes der Siedlung von den Bedingungen, welche die Ueberlandzentrale stellen wird, abhängig gemacht. Der Einbau einer Verteilungsleitung in das elektrische Lichtnetz, welche mit 3264 Mark veranschlagt ist, wurde beschlossen. Die Kosten für die von der Zuckersabrik (Elektrizitätswerk) neuerdings ausgeführten Hausanschlüsse haben die Beteiligten der Gemeinde zu erstatten. Die Verwendung der aufgenommenen Mehrerträge aus der Gewerbesteuer für 1925/26, nämlich zum Ausbau der Feuerstraße und zum Bau der Siedlungshäuser, machten einem Teil der Bürgerlichen, insbesondere der Zuckersabrik, ziemlich Kopfschmerzen, und soll nach deren Antrag die Staatskommission über anderweitige Verwendung der Mehraufkommen demnach Vor schläge unterbreiten. Der Verstärkung der Staatskommission für Sachverständigen gegenstände anlässlich zweier neuerlicher Schulklassen wurde mit 75 und 40 Mark entprochen. Die Errichtung eines Darlehens von 150 Mark durch die Außenhaltungsgenossenschaft wurde um ein Vierteljahr zinslos aufgeschoben. Nachdem die öffentliche Sitzung geschlossen, fand anschließend eine geheime Sitzung statt.

SPD. Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt. Versammlungskalender.

Klettenberg, S. P. Wir kommen heute um 19.30 Uhr im Saal zusammen.

Herrlich, Mittwoch, den 14. Dezember, 20 Uhr, findet bei Rosendörger in Herrlich eine Mitgliederversammlung statt. Genosse August Klöse spricht über das „Arbeitslosenversicherungsgesetz“. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Waltz. Generalversammlung. Am Donnerstag, den 15. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, findet unsere diesjährige Generalversammlung im Lokal „Zur Provinz“ statt. Da der Geschäftsbericht gegeben und die Vorstandswahl vorgenommen wird, muß alles zur Stelle sein. Genosse Schiffer wird ein politisches Referat halten.



Eine politische Kaffeestunde in Genf.

Wissubstis gemäßigtes Auftreten in Genf war wohl auf die energische Einwirkung Brlands zurückzuführen, der den streitlustigen Marshall gleich nach seiner Ankunft in Empfang nahm

und dann in kleinem Kreise bearbeitete. Unser Bild zeigt diese interne Sitzung, an der teilnahmen (von links nach rechts): Zaleski, Wissubstis, Briand, Chamberlain und Paul Boncour.

Die bestrafte Meineidsanstifterin.

In dem großen Meineidsprozeß, in dem sich vor einem Berliner Schwurgericht Frau Ohlerich wegen zahlreicher Anstiftungen zum Meineide zu verantworten hatte, wurde auf eine Gefängnisstrafe von vier Jahren und sechs Monaten Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust erkannt. Außerdem wurde ihr dauernd die Eidesfähigkeit abgesprochen. Die Mitangellagte, Frau Wittendorf, eines ihrer zahlreichen Opfer, erhielt unter Zuhilfenahme milderer Umstände wegen Meineids statt der verurteilten acht Monate Zuchthaus eine Gefängnisstrafe von einem Jahr. Im Laufe der umfangreichen Zeugenvernehmungen gestanden noch viele Personen, auf Anstiftung der Frau Ohlerich eine falsche eidesstattliche Versicherung abgegeben zu haben. In einer Familie haben sich allein vier Personen des Meineids schuldig gemacht. Im ganzen schweben noch zwölf Verfahren wegen Meineids, bei denen Frau Ohlerich die Anstifterin war. Angesichts des ungeheuren Unglücks, das die Frau über zahlreiche Familien gebracht hat, vertritt der Staatsanwalt den Standpunkt, daß sie die Höchststrafe von 10 Jahren Zuchthaus verdient habe.

Opfer der Nordseestürme.

Der bereits am 7. Dezember in See gegangene deutsche Fischdampfer „Scharnhorst“ der Reederei Post in Wesermünde ist bis heute nicht zurückgekehrt. Alle Nachforschungen waren ergebnislos, so daß man annimmt, daß der Dampfer mit seiner Besatzung von 13 Mann verloren ist.

Die in der Nordsee herrschenden Stürme haben auch der holländischen Fischerflotte schwere Verluste zugefügt. Nach den vorliegenden Meldungen fanden bisher 40 Fischer den Tod in den Wellen.

Furchtbares Autounglück in Belgien.

Ein furchtbares Autounglück hat die belgische Arbeiterpartei in Trauer versetzt. Der frühere Arbeitsminister Wauters hatte in einer Demonstration in der Provinz Lüttich gesprochen und wurde von dem sozialistischen Regierungsmitglied der Provinz Lüttich, Barotte, im Auto nach dem Bahnhof von Waremmé gebracht, wo er den Zug nach Brüssel bestieg. Als Barotte mit seinem Auto, in dem sich auch der Oberlehrer Pirlet befand, vom Bahnhof zurückkehrte, stieß das Auto mit einem Zug der Lokalbahn zusammen und wurde zerschmettert. Barotte wurde auf der Stelle getötet, Pirlet sehr schwer verwundet.

Sturmkatastrophe in Südfrankreich.

Das 35 bis 40 Meter lange Dach des Arsenalis in Mourillon ist infolge des herrschenden Sturmes eingestürzt. Sehn Arbeiter wurden verletzt.

Erdbeben in Rußland.

Im Südaltaigebirge im Bezirk von Semipalatinsk wurde ein sehr starkes Erdbeben, das fünf Minuten andauerte, verspürt. Es sind mehrere Häuser eingestürzt und viele beschädigt worden.

Eine Ehe tragödie vor Gericht.

Vor dem Schwurgericht Altona hatte sich am Dienstag Frau Herta Lorf wegen Erschießung ihres Ehemannes, des Bankiers Eugen Lorf, zu verantworten. Die Anklage nahm vorsätzliche Tötung an. Der Getötete war an der Hamburger Börse sehr bekannt und wegen seines lebenswürdigen Wesens auch allgemein beliebt. Um ihr größeres Aufsehen erregte seinerzeit die Bluttat. Bei ihrer Vernehmung leugnete Frau Lorf, die vor Beginn der Verhandlung zunächst zusammengebrochen war, ihren Mann absichtlich erschossen zu haben. Auf Zureden des Vorsitzenden entwarf sie von ihrer Ehe ein Bild, das äußerst trübe ist und, sofern es zutrifft, auf ein Ehe-Martyrium hinausläuft. Sie schilderte, wie sie eine Verlobung geküßt habe, um ihren Mann zu heiraten. Es habe sich um eine ausgesprochenen Liebesheirat gehandelt. Dennoch habe sich sehr bald herausgestellt, daß die beiden Temperamente so grundverschieden waren, daß das eheliche Zusammenleben sehr bald starke Trübungen erfuhr. Nach der Geburt eines Kindes habe sie der Mann immer mehr und mehr geschlagen und außergewöhnliche Anforderungen an sie als Frau gestellt. (Die Vernehmung über Einzelheiten des Ehelebens fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.) Die Mißgeleiten seien schließlich so ausgeartet, daß die Frau das Kind zu ihrer Mutter gab und in der Wohnung eine räumliche Trennung vornahm. Die Mißhandlungen seien dennoch weitergegangen, so daß sie oft bei einem Hausnachbarn geschlafen habe. Schließlich reichte der Mann die Scheidung ein, während die Frau eine Alimantenklage anbrachte. Am Tage der Tat, dem 12. September, will die Angeklagte den Versuch zu einer Veröhnung unternommen haben, der allerdings mißlang. Daraufhin ging sie in die Wohnung des Nachbarn; kurz darauf erschien ein Möbelwagen, und der Mann ließ die Woh-

nungseinrichtung weggeschaffen. Als die Frau in die Wohnung zurückkehrte, empfing sie der Mann mit der Bemerkung, sie habe dort nichts mehr zu suchen. Gleichzeitig habe er sie niedergeschlagen und ihr Fußtritte versetzt. Die letzten Erinnerungen der Frau sind die Schläge, die sie erhalten hat. Wie sich dabei die Tat abspielte, daran will sie sich nicht mehr erinnern. Der Prozeß wird zwei Tage dauern.

Eine Einbrecherbande unschädlich gemacht.

Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, eine der gefährlichsten Einbrecherbanden, die in letzten Zeit in der Reichshauptstadt ihr Unwesen trieb, unschädlich zu machen. Es handelt sich um sieben Männer und zwei Frauen, die sich unter der Führung eines 19-jährigen zusammengefaßt hatten, um Schloßöffnungen zu verüben. Bisher konnten der Bande 25 solcher Einbrüche im Zentrum der Stadt nachgewiesen werden. Von der Beute, die stets in Rucksäcken und Körben weggebracht wurde, führten die Mitglieder der Bande ein schlechterhaftes Dasein.

Unfall eines D-Zuges.

Der D-Zug 1 der Strecke Köln-Berlin ist in der Nacht zum Dienstag um 1.30 Uhr im Bahnhof Essen-Mest auf eine Lokomotive aufgefahren. Ein Reisender wurde leicht verletzt. Da keine Entgleisung und keine schwere Beschädigung eintrat, konnte der Zug nach Auswechseln der Lokomotive seine Fahrt fortsetzen.

Reiche Beute.

In der Nacht zum Dienstag drangen Einbrecher im Westen Berlins in ein Konfektionsgeschäft ein und stahlen 195 Ballen Seide und große Posten Spitzen und Pelzwaren. Der Wert der gestohlenen Waren beläuft sich auf 42 000 Mark.

Autounglück in Siemensstadt.

Am Montag kam es in Siemensstadt (Berlin) zu einem schweren Zusammenstoß zwischen einem Privatkraftwagen und einer Straßenbahn. Der Führer des Autos wurde getötet, während der Insasse des Wagens schwer verletzt in das Krankenhaus transportiert werden mußte. Das Automobil ist vollständig zertrümmert. Die polizeilichen Ermittlungen haben ergeben, daß den Führer des Wagens die volle Schuld an dem Unglück trifft.

Aus dem Fenster geküßt.

In der Friedrichstraße in Berlin stürzte sich am Montagabend eine kranke Frau aus dem dritten Stock auf die Straße. Die lebensmüde Kranke wurde mit schweren inneren Verletzungen in das Sanatorium gebracht, später aber wieder nach der Wohnung zurücktransportiert.

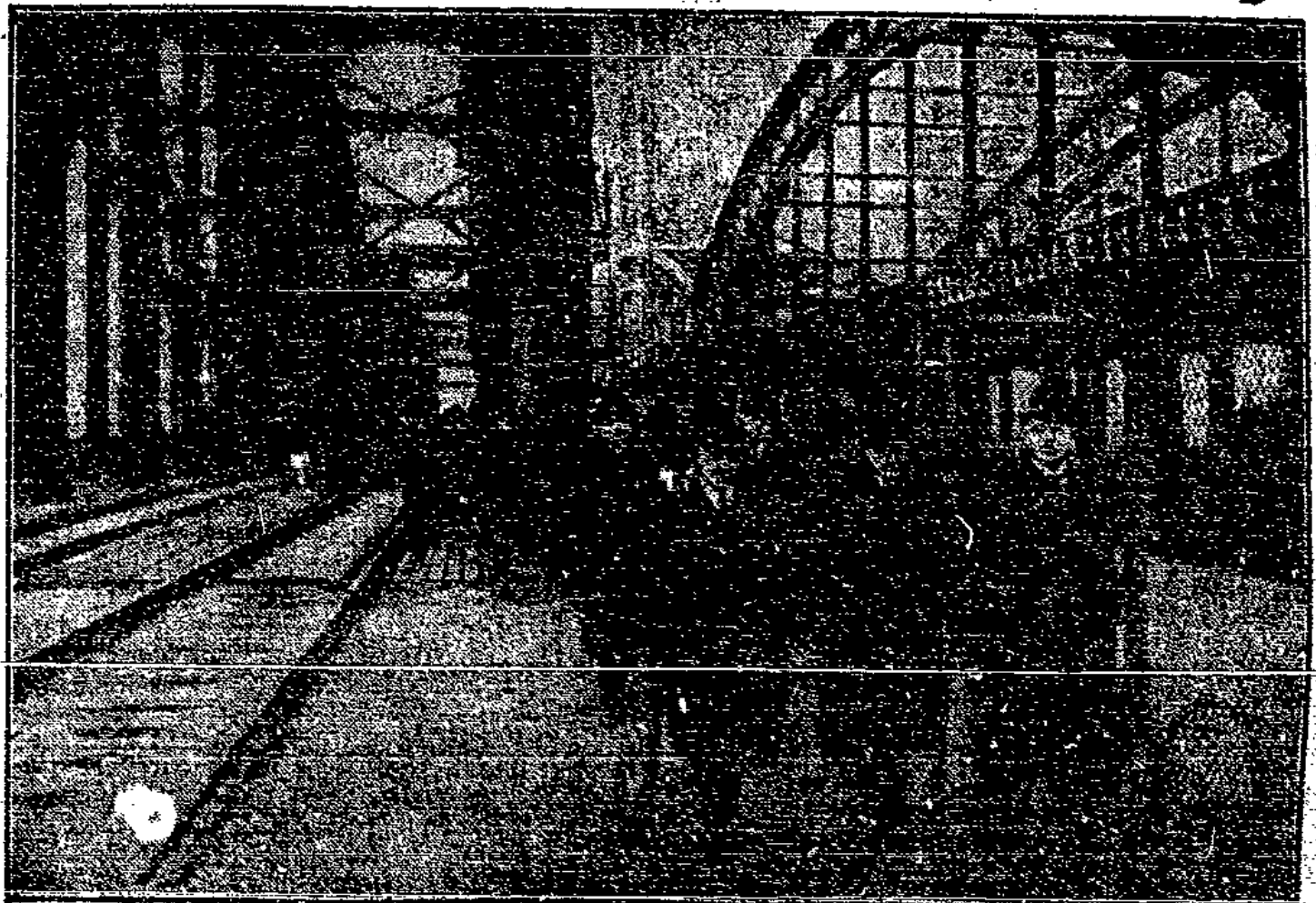
Zuwelendiebstahl.

Einer Montagabend auf dem Westbahnhof in Gmunden eintreffenden Frau wurde eine Lederhandtasche mit Juwelen im Werte von 50 000 Schilling gestohlen.

Bereiteter Anschlag auf einen Kleinbahnzug.

In der Nacht zum Sonnabend wurde auf einen Zug der Röhrener Kleinbahn ein Anschlag verjagt. Die Täter haben den Signalmast, das Einfahrtsignal und die Weichen beschädigt und auf das Einfahrtsgleis die Wähe eines alten Wagens geklemmt, so daß der Zug zweifellos entgleist wäre, wenn der Fessel nicht entdeckt worden wäre. Die Täter wurden verhaftet.

Die feierliche Eröffnung der neuen Nordereibebrücke bei Hamburg.



Die Festteilnehmer bei einem Besichtigungsgang über die neue 398 Meter lange und 5400 Tonnen schwere Brücke.

Erwählte Ausceiher.

Von den fünf Zuchthausinsassen, die in der Nacht zum Sonntag aus ihrer gemauerten Zelle im Zuchthaus Sonnenburg ausgebrochen sind, konnten zwei am Montag vormittag wieder festgenommen werden. Sie wurden in der Nähe von Neudorf bei Neppen von einem Briefträger gefangen. Der sofort die Landjägerei verständigte. Ein Landjäger entdeckte sie in einem Walde und konnte sie festnehmen. Im Zuchthaus Sonnenburg befinden sich gegenwärtig etwa 430 Gefangene und 60 Aufsichtsbearbeiter.

Vier Kinder ertranken.

Die vier im Alter von 4-13 Jahren stehenden Kinder des Holzarbeiters Wiggenhorn fuhren am Sonntag vormittag in Haseklunne bei Dandrick mit einem kleinen Leiterwagen über die leichte Eisdecke eines Havelts und brachen ein. Ehe Hilfe zur Stelle war, ertranken alle vier Kinder.

Unterhleiße beim Frankfurter Metallindustriellenverband.

Der Geschäftsführer des Frankfurter Metallindustriellen-Verbandes, Ingenieur Fuhs, wurde wegen umfangreicher Unterhlagungen verhaftet. Der Verband soll um 100 000 Mark geschädigt worden sein.

Weiterer schwerer Autounfall.

Der Hamburger Kaufmann von Rade befand sich mit drei Personen in seinem Kraftwagen auf der Fahrt nach Bremen. Bei Treibeprallie der Wagen gegen einen Baum, von Rade war auf der Stelle tot. Eine Frau Brandt starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus. Die beiden anderen Insassen kamen mit Verletzungen davon.

Im Streit erstochen.

In der Nacht zum Sonntag stieß der Hilfsarbeiter Oskar Geyer im Verlauf eines Wortwechsels dem Robert Meier das Messer in die Brust. Dieser war sofort tot. Der Täter wurde festgenommen.

Die Rückkehr der deutschen Flieger von den Azoren.

Die Besatzung der Flugzeuge D 1220 und D 1230, die aus Ponta von einem deutschen Dampfer abtransportiert wurden, ist in Lissabon eingetroffen. Sie sind am Sonntag auf dem Dampfer „Hannstein“ verladen worden, um nach Hamburg verfrachtet zu werden.

Durch Erdgas vergiftet.

Am Sonntagabend wurden in ihrer Wohnung in der Penneper Straße 18 in Pennepe die Eheleute Paul Windgassen tot aufgefunden. Der Tod muß schon vor einigen Tagen eingetreten sein, da beide Leichen schon stark in Verwesung übergegangen waren. Man nimmt an, daß Erdgas in die Wohnung eingedrungen ist, da sich in sämtlichen Zimmern ein starker Gasgeruch bemerkbar machte.

Wiederholung des Marek-Prozesses.

Der österreichische Oberste Gerichtshof hat am Dienstag der Nichtigkeitsbeschwerde der Staatsanwaltschaft gegen den Freispruch des Wiener Ehepaars Marek stattgegeben und das Urteil aufgehoben. Emil Marek und seine Frau standen im vergangenen Sommer im Mittelpunkt eines aufsehenerregenden Prozesses, dem eine Anklage wegen Versicherungsschwindsels zugrunde lag. Marek sollte sich, um in den Besitz einer hohen Versicherungssumme zu kommen, selbst oder mit Hilfe seiner Frau ein Bein abgehakt haben. Der sensationelle Prozeß wird also eine Wiederholung erfahren.

Kindertagödie an der Somme.

In einer zerfallenen Barade des ehemaligen französischen Dörchens Maurepas, das einst im Brennpunkt der Somme-Schlacht lag und völlig zerstört worden ist, leben seit mehreren Monaten vier kleine Kinder im Alter von vier, fünf, acht und neun Jahren, sich selbst überlassen. Die Mutter hatte die Kinder zurückgelassen und war ihrem Gelliebten nachgefolgt. Von Zeit zu Zeit kehrt sie zurück und schaut nach den Kindern, verschwindet dann aber rasch wieder. So sind die Kinder bisher auf den Bettel angewiesen gewesen. Sie sind völlig unterernährt und verwahrloht. Jetzt hat sich der Bürgermeister der Unglücklichen angenommen.

Neue Telefonverbindung von London nach Madrid.

In der nächsten Woche wird eine neue Telefonverbindung London-Paris-Madrid eröffnet werden. Man hofft, in nächster Zeit auch den direkten Telefonverkehr London-Madrid aufnehmen zu können.

Neuer Fernflug Lindbergh.

Der Ozeanflieger Lindbergh ist am Dienstag zu einem Fluge nach Mexiko gestartet. Die Flugstrecke beträgt 3000 Kilometer. Der Flieger hofft, diese Strecke innerhalb 24 Stunden zu durchqueren.

Ein Naphitazug verunglückt.

Bei Tiflis entgleiste ein Naphitazug. Dabei wurden sechs Lants zertrümmert und sechs Wagen beschädigt. Vom Zugpersonal wurde eine Person getötet und mehrere verletzt.

Der ADGB zum Grobeisenkonflikt.

Aussprache über die Arbeitszeit- und Lohnverhältnisse in der Grobeisenindustrie.

Unmittelbar vor der Entscheidung des Reichsarbeitsministers über die Durchführung der Arbeitszeitverordnung für die Walz- und Stahlwerke fand am Montag abend beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund in einer Pressebesprechung eine Aussprache über das vielumstrittene Problem der Arbeitszeit- und Lohnverhältnisse in der Grobeisenindustrie statt.

Der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Georg Reichel, gab in großen Zügen einen Gesamtüberblick über den derzeitigen Gesamtsitzungsstand der Verhandlungen. Er erinnerte die Presse an den Raub des Achtstundentages nach Abschluß des Ruhrstreikampfes und hob mit Nachdruck hervor, daß bei der Einführung der dreigeteilten Schicht in der Hüttenindustrie nicht vergessen werden darf, daß die Hüttenarbeiter bisher die Hälfte ihres Lebens in Nacharbeit zubringen mußten, daß sie in heißer Glut und qualm-erfüllten Räumen, die kalte Zugluft im Rücken, schwer zu arbeiten haben. Ist für solche Arbeiter ein Jahreslohn von 2500 Mark zu viel? Einführung des Achtstundentages, betonte Reichel, bedeutet nicht schematischen Achtstundentag; von dem kann angesichts der Arbeitsweise der Hüttenwerke kaum die Rede sein. Die dreigeteilte Schicht aber ist jetzt fällig geworden. Die Arbeitgeber haben die Durchführung der Arbeitszeitverordnung grundsätzlich sabotiert. Statt die Vorbereitungen zur Umstellung vorzunehmen, haben sie gegen das Reichsarbeitsministerium Kampf angekündigt und gegen die Gewerkschaften einen Kampffonds gesammelt. Hätten sich die Herren der Schwerindustrie von Anfang an Durchführung der Verordnung eingestellt, ein Weg durch die Schwierigkeiten wäre längst gefunden. Mit ihren Klagen über die angeblich ungeheuren großen Schwierigkeiten richten sich daher gegen sie selbst. Warum haben sie die Rationalisierung nur auf die mechanischen Produktionsmittel ausgedehnt, statt auch dabei den schaffenden Menschen mit einzubeziehen? Natürlich bringt jetzt das Zusammenreffen der Regelung der Lohn- und der Arbeitszeitfrage eine hohe Belastung. Aber daran sind doch nicht die Gewerkschaften schuld, sondern in erster Linie, wenn man von der Technik des Schlichtungsweises absehen will, die Verhältnisse der Eisenindustriellen.

Die Lohnforderungen mußten wohl oder übel angemeldet werden, weil jetzt die Vereinigung der Gesamttage auf der Tagesordnung steht. Durch die von den Arbeitgebern genannten großen Ziffern lassen sich die Gewerkschaften nicht blaffen. Eine Nachprüfung des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat ergeben, daß auch bei einer reiflichen Erfüllung der Forderungen des Verbandes der Gesamtaufwand nicht 100, sondern höchstens 80 Millionen beträgt. Die Steigerung der Produktion in Verbindung mit der Durchführung des Dreischichtensystems ist unleugbar, wie die Produktionsergebnisse in den letzten der Hüttenindustrie, wo jetzt bereits die dreigeteilte Schicht besteht, deutlich beweisen. Für die Vereinigten Stahlwerke ergibt sich theoretisch eine Produktionssteigerung von 1,6 Millionen Tonnen Roheisen pro Jahr.

Ein Teil der Werke, namentlich Stahlwerke ohne Hochöfen, glauben überdies das auffallende Quantum Stahlblech an den Walzenstrahlen in zwei Schichten je 8 Stunden aufarbeiten zu können. Die Schwierigkeiten zur Unterbringung der gesteigerten Produktion auf dem inneren und äußeren Markt sind nicht unüberwindlich. Veraltete Werke werden stillgelegt, ihre Arbeiterkraft kann in den ungesättigten Märkten zur Verwendung finden. Auch die Arbeitgeber konnten nicht bestreiten, daß Arbeitererfahrung nicht in erster Linie für die sogenannten qualifizierten Hüttenarbeiter vorrücken kann, sondern nur unter bei der ungelerten Arbeitergruppe, die durch die Arbeitslosen im Grobeisengebiet — wir haben dort rund 15 000 arbeitslose Berg-, Hütten- und Metallarbeiter — leicht zu verstärken ist. Die Wohnungsfrage schafft keine Schwierigkeiten, da ja eine Menge anständige Arbeitslose vorhanden sind und die Verkehrsverhältnisse im Ruhrgebiet günstig sind. Im übrigen haben die Eisenindustriellen selbst die Wohnungsfrage gar nicht in den Vordergrund geschoben.

Abschließend behauptete Reichel, daß in dem großen Kampf keine einheitliche Front der Arbeiterverbände geschaffen wurde, obwohl schon bei den Beratungen im Reichsarbeitsministerium sowohl von den Christen wie von den Nichtchristen die Anberaumung eines Termins zur Schaffung einer einheitlichen Linie zugesagt worden sei. Die Schuld daran, daß die Arbeiterkraft nicht geschlossen auftreten könne, liege jedenfalls nicht beim Deutschen Metallarbeiterverband. Der Vorwurf, daß der Metallarbeiterverband den Kampf beugen wolle, um einige andere Gewerkschaftsrichtungen totzustreichen, sei unerhört. Der Deutsche Metallarbeiterverband kämpfe nicht für sich, sondern für die Hüttenarbeiter. Das hätten die Hüttenarbeiter auch bereits sehr gut begriffen; denn der Ansturm auf das Mitgliedsbuch des Deutschen Metallarbeiterverbandes im Großeisengebiet sei seit 30 Jahren noch nicht so kräftig gewesen wie heute; rein zahlenmäßig ständen etwa 65 bis 68 Prozent der Hüttenarbeiter im Deutschen Metallarbeiterverband.

Um breiter vom ADGB. stelle noch einmal klar, daß es sich bei der Stilllegungsandrohung der Schwerindustrie in erster Linie um einen Kampf gegen die Staatsautorität, vor allem gegen den Reichsarbeitsminister, handle, der, gestützt auf das einmütige Gutachten des Reichswirtschaftsrates, unmöglich seine Verordnung fallen lassen könne. Eggert vom ADGB. unterstrich sehr wirkungsvoll die Tatsache, daß überall in den führenden Industrieländern in der Grobeisenindustrie der Achtstundentag bestünde, nur in Deutschland nicht, daß in Deutschland 52 Prozent der Arbeiterkraft den Achtstundentag hätten, nur die schwerarbeitenden Menschen der Hüttenindustrie nicht. Das sei einfach nicht länger zu ertragen. Was andere Gewerbebezüge tragen könnten, müsse auch die Schwerindustrie tragen können. Die Zeit, wo die Schwerindustriellen glaubten, auf die Staatsautorität und die Forderungen der Gewerkschaften pfeifen zu können, sei vorbei.

Schlichtungsverhandlungen für die Nordwestgruppe der Metallindustrie.

Bochum, 14. Dezember. (Fig. Funfbericht.)

Am Dienstag vormittag wurden in Düsseldorf die Schlichtungsverhandlungen für die Metallindustrie Nord-West fortgesetzt. Die Schlichtungstammer nahm den Bericht des Vorsitzenden der Arbeitgeber geladenen Gutachters Dr. van der Porten vom Reichswirtschaftsamt des Reichswirtschaftsministeriums entgegen. Das Gutachten Dr. van der Porten kam zu dem Ergebnis, daß auf Grund seiner Erhebungen bei den Vereinigten Stahlwerken eine Arbeitszeitverkürzung in dem von den Gewerkschaften geforderten Ausmaß nicht tragbar sei und daß eine neue Arbeitszeitverkürzung nur schrittweise durchgeführt werden könne.

Die Wartezeit der arbeitslosen Saisonarbeiter.

Ein unverständlicher Begriff, den sich der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zugesprochen hat, heißt die Verkürzung der Wartezeit für Saisonarbeiter. Der Verwaltungsrat hat die Wartezeit für Arbeitslose neu geregelt, und zwar hat er bis zum 31. März 1928 grundsätzlich die bisherigen Wartezeiten aufrecht erhalten. Diese Wartezeiten betragen generell drei Tage, während das neue Gesetz grundsätzlich sieben Tage Wartezeit vorsieht. Dagegen bringt nun eine neue Verordnung des Verwaltungsrates die Verkürzung der Wartezeit für Saisonarbeiter. Bei den Saisonarbeitern, deren Arbeitslosigkeit auf Witterungseinflüsse zurückzuführen ist, soll nach Beschäftigung von mindestens sechs Monaten eine Verkürzung der Wartezeit auf zwei Wochen und nach einer Beschäftigung von mindestens 8 Monaten eine solche von drei Wochen eintreten. Für andere Saisonarbeiter kann der Verwaltungsrat die Verkürzung der Wartezeit bis zu drei Wochen verlängern. In dem einen wie dem anderen Fall darf die Verkürzung der Wartezeit jedoch nicht eintreten, wenn der Saisonarbeiter in der freien Zeit in irgendeiner anderen Gewerbe Erwerbsarbeit zu übernehmen pflegt. Ebenso darf die Wartezeit immer nur einmal verlängert werden, d. h. also nicht nochmals aufs neue, wenn der Saisonarbeiter vorübergehend wieder Arbeit bekommen hat.

So begrüßenswert es ist, daß der Verwaltungsrat im allgemeinen die dringende Notwendigkeit erkannt hat, so bedauerlich ist seine Unachtsamkeit bei der Verkürzung der Wartezeit, unter der vor allem die Bauarbeiter zu leiden haben werden. Besonders liegen die Arbeitslosen der neuen Bestimmungen möglichst fern und weitgehend aus, damit nicht die Verkürzung der Wartezeit am 12. Dezember in Kraft tritt. In arbeitslosen Zeiten für die Saisonarbeiter Kategorie von Arbeitslosen ist. Nach besser wäre es, wenn der Verwaltungsrat keine neuen Bestimmungen erlassen würde. Besser mit weiteren Maßnahmen, die im vorliegenden Fall — heißt Bestätigung.

Reichsarbeitsrat der Grobeisenindustrie.

Dieser Tage nahm eine gut besetzte Reichskonferenz der im Einheitsverband der Grobeisenindustrie organisierten Gewerkschaften und Betriebsräte zu den Lohn- und Arbeitsverhältnissen Stellung. Nach einem Bericht von Grenzler, Berlin und eingehender Aussprache beschloß die

Konferenz einstimmig eine Reihe von Richtlinien für die künftige Gestaltung der Lohn- und Arbeitszeitbedingungen der Grobeisenarbeiter. Mit dem Geldlohn, alles zur Stärkung des Einheitsverbandes zu tun, um hierdurch bessere Arbeitsbedingungen zu erzwingen, wurde die gut verlaufene Konferenz geschlossen.

Unbegründete Aufgeblasenheit des Deutschnationalen Zentralverbandes der Landarbeiter.

Der deutschnationale Zentralverband der Landarbeiter macht sich in Nr. 21 seines Verbandsorgans in recht häßlicher und gehässiger Weise über die Mitgliederzahlen lustig, die in dem kürzlich erschienenen Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für die freien Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit und für den Deutschen Landarbeiter-Verband genannt werden. So wird zunächst behauptet, daß der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften im Jahresbericht 1926 gegen das Vorjahr 38 000 gewonnen und der ADGB. dagegen in derselben Zeit rund 160 000 Mitglieder verloren habe. Zu dieser Darstellung kommt man durch ein kleines Fälscherstückchen. Man rechnet nämlich dem Gesamtverband einen Zuwachs von Mitgliedern an, der in Wirklichkeit deshalb keiner ist, weil die Staats- und Verlehrsarbeiter, um die es sich hierbei handelt, bereits auch in dem Vorjahre vorhanden waren, nur an anderer Stelle gezählt wurden. In Wirklichkeit haben leider beide Spitzenverbände (der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund) im Jahresbericht 1926 gegenüber 1925 verloren. Der Gesamtverband verlor nach seinen Angaben (Nummer 18 Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands vom 19. September 1927) 85 567 Mitglieder. Der ADGB. verlor in der gleichen Zeit 179 142 Mitglieder. Das sind an sich bedauerliche Ziffern, die von beiden Gewerkschaftsrichtungen auf die Krise, auf die große Arbeitslosigkeit des Jahres 1926 zurückzuführen werden. Man muß bei dem Verlust aber auch in Beziehung zur Mitgliederzahl der Verbände stellen. Dann ergibt sich folgendes: Der ADGB. hat 1926 4,8 Prozent der christlichen Gesamtverband dagegen 0,8 Prozent seiner Mitglieder verloren. Für 1927 kann bei den freien Gewerkschaften mit einem neuen Ansturm gerechnet werden.

Wenn man jetzt einen Vergleich zwischen dem Deutschen Landarbeiter-Verband und dem Zentralverband der Landarbeiter. Es wird behauptet, der DLV. habe 1926 Verluste von Mitgliedern erlitten, der Zentralverband der Landarbeiter dagegen seine Mitgliederzahl gehalten. Dazu ist zu erklären:

Der Deutsche Landarbeiter-Verband zählte im Jahresbericht 1926 185 154 Mitglieder. Diese Zahl ist gegründet auf die Zahl der geleisteten Beiträge.

Der Zentralverband der Landarbeiter gibt seine Mitgliederzahl für 1926 mit 77 275 an. Wir lassen dazu noch bemerken: Diese Mitgliederzahl des Zentralverbandes der Landarbeiter ist

Sein Beweis für unsere Ansicht brauchen wir die Jahresberichte der beiden Spitzenverbände (Jahrbuch 1926 des ADGB. und des DLV.). Die christlichen Gewerkschaften im Jahr 1926, im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Nr. 18, 1927. In beiden Berichten werden die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen verglichen. Da der Zentralverband der Landarbeiter Mitgliederbeiträge und Eintrittsgelder nicht gelohnt, sondern zusammengefaßt unter Einnahmen bringt, müssen wir, um einen Vergleich zu finden, denselben Maßstab anwenden.

Es ergibt sich dann folgendes Zahlenbild:

	D. L. V.	S. L. Z.
Einnahme aus Eintrittsgeld und Beiträgen	2 265 177,— M.	581 921,—
Mitglieder 1926	138 154	77 275
Einnahmen pro Mitglied und Jahr	16,40 M.	7,54
Einnahmen pro Mitglied und Woche	—,41 M.	—,19

Hier ist der Schwindel des Zentralverbandes schon klar zu erkennen, denn der Beitrag im Zentralverband soll nach seiner eigenen Angabe pro Woche 20 bis 30 Pf. betragen. Aber rechnen wir einmal beim Zentralverband nur den gleichen Wochenbeitrag wie in unserem Verband gilt, nämlich 41 Pf., dann ergeben sich für den Zentralverband in Wirklichkeit 35 483 Mitglieder bei angeführter Zahl von 77 275. Diese tatsächliche Mitgliederzahl stimmt fast auffallend überein mit der Auflage des Verbandsorgans des Zentralverbandes. In unserem Verband beträgt die Auflage des Verbandsorgans 140 000 Stück. Dabei gilt in unserem Verband noch die Regel, daß in jede Landarbeiterfamilie in der mehrere Familienmitglieder dem Verbande angehören, nur ein Exemplar der Verbandszeitung geliefert wird.

Nach den gemachten Darlegungen steht die Sachlage wesentlich anders aus, als sie vom Zentralverband der Landarbeiter dargestellt wird. Nicht er, sondern der Deutsche Landarbeiter-Verband ist die Organisation, die sich, um im Sinne des Zentralverbandes zu reben, als stärkster Hort der deutschen Landarbeiter bezeichnen kann.

Amerikanischer Gewerkschaftsbund und IGB.

Weitere Bemühungen um den Wiederanschluß.

Auf die Frage, ob der Amerikanische Gewerkschaftsbund immer noch dem Wiederanschluß an den IGB. entgegensteht, antwortet der vom Amerikanischen Gewerkschaftsbund herausgegebene „International Labor News Service“: „Der Kongress des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes in Los Angeles bekräftigt die Empfehlung, wonach die Anstrengungen fortgesetzt werden sollen, um eine befriedigende Lösung zu finden, die den Wiederanschluß der amerikanischen Arbeiter an den I.G.B. möglich macht.“

In diesem Zusammenhang mag gesagt werden, daß bereits nahezu 50 Prozent der Mitgliedschaft des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes durch ihre Berufsorganisationen den zur Amsterdamer Richtung gehörenden internationalen Berufssekretariaten (I.B.S.) angeschlossen sind, was ohne Zweifel als Zeichen der Annäherung gedeutet werden kann. Die internationalen Berufssekretariate folgender Berufe zählen amerikanische Verbände zu ihren Mitgliedern: Diamantarbeiter, Bekleidungsarbeiter, Lebensmittelarbeiter, Hutmacher, Bergarbeiter, Maier und verwandte Gewerbe, Post-Internationale, Transportarbeiter-Internationale, Holzarbeiter. Diese I.B.S. zählen insgesamt 1 301 142 amerikanische Arbeiter zu ihren Mitgliedern.

Wirtschaft.

Die großagrarische Kreditpolitik.

Von Dr. Judith Grünfeld.

Das landwirtschaftliche Kreditwesen macht eine schwere Krise durch. Sie ist durch leichtfertiges Schuldmachen der Großagrarien heraufbeschworen worden, trifft aber in ihren Auswirkungen (wachsende Kreditwürdigkeit) die ganze Landwirtschaft. So wird z. B. das genossenschaftliche Kreditwesen stark in Mitleidenschaft gezogen.

Seit 1924 ist der Landwirtschaft in reichlichem Maße fremdes Geld zugeflossen. Aber diese Kredite kamen überwiegend dem Großgrundbesitz zugute. Man schätzt die von der Landwirtschaft seit 1924 aufgenommenen Kredite auf rund sieben Milliarden Mark. Von dieser Summe entfällt nicht weniger als die Hälfte auf den Großgrundbesitz, obwohl die Großbetriebe nur einen Bruchteil der gesamten landwirtschaftlichen Betriebe darstellen. Im Wirtschaftsjahre 1925/26 ist auch die Personalkreditverfälschung der Großgrundbesitzer bei weitem schneller geworden als die Verfallung der Mittel- und Kleinbetriebe. Nach den Angaben des Instituts für Konjunkturforschung betragen am 30. Juni 1927 die an die Landwirtschaft gegebenen Personalkredite ungefähr 2,5 Milliarden Mark. Gerade die Verfallung der Großbetriebe mit Personalkrediten ist übersteigert. Die aufgenommenen Schulden stehen in keinem angemessenen Verhältnis zu dem Wert der Betriebe, so daß die Überfälligkeit mit Krediten, die „eingefroren“ sind, in absehbarer Zeit zum Zusammenbruch der überschuldeten Wirtschaft führen muß.

Wie die Dinge heute in der Landwirtschaft bzw. in der Großlandwirtschaft liegen, beweisen die Vorgänge bei der preußischen Zentralgenossenschaftskasse, der sogenannten Preußentasse. Das Institut ist seit Jahr und Tag in das Fahrwasser einer unrationellen Kreditpolitik geraten und hat unter der Bürde der eingefrorenen Agrarkredite recht empfindlich zu leiden. Nach den kürzlich veröffentlichten Angaben der „Deutschen Bauernzeitung“ belaufen sich die Forderungen der Preußentasse gegenüber ihren landwirtschaftlichen Kreditnehmern auf etwa 800 bis 900 Millionen Mark. Davon sind ungefähr 600 bis 650 Millionen Mark eingefroren. In diesen eingefrorenen Krediten ist der Großgrundbesitz stark beteiligt. Die Folgen dieser verfehlten Kreditpolitik für die Beamten des Asten Regimes, die an der Spitze der Preußentasse stehen, veranwortlich sind, treffen aber die bäuerlichen Betriebe, deren Kreditinstitut die Preußentasse in erster Linie sein soll. Angesichts der ganzen Entwicklung muß damit gerechnet werden, daß die Preußentasse als selbständiges landwirtschaftliches Kreditunternehmen früher oder später überhaupt aufhören wird, wenn nicht eine entsprechende Reorganisation hier Ordnung schafft und noch schwerwiegendere Erschütterungen des landwirtschaftlichen Kredits beizugehen unterbindet.

In den letzten Wochen sind nun viele Pläne zur Gesundung des landwirtschaftlichen Kredits erörtert worden. In Kreisen des Reichslandbundes befürwortet man eine große Stützungsaktion mit Reichsmitteln, für die sich auch der Reichsernährungsminister Schiele einsetzt. Gegenüber solchen Projekten ist größte Vorsicht geboten. Die bisherigen Stützungsaktionen haben doch nur bewiesen, daß die Subventionierung der Großlandwirtschaft mit öffentlichen Geldern die notwendige Rationalisierung der überschuldeten Großbetriebe verhindert. Man bestreift die Großlandwirtschaft nur in ihrer produktionsstechnischen Rückständigkeit auf Kosten der Allgemeinheit und der Bauernschaft. Das Tollste, was man zur Milderung der landwirtschaftlichen Kreditkrise ausgeht hat, ist wohl der Plan, eine Auslandsanleihe aufzunehmen. Er stammt von dem deutschnationalen Abgeordneten Schlang-Schöningen. Während die Deutschnationalen immer wieder gegen Fremdliehungen und Eingriff des Staates in die Wirtschaft eifrig zu Felde ziehen, macht man eine Ausnahme, wenn der Staat die rückständigen Großbetriebe in der Landwirtschaft ahermalis subventionieren soll. Bei der geplanten Auslandsanleihe weiß man nämlich wieder einmal den Reich die Rolle eines „Zahmestiers“ zu. Es soll jährlich einige hundert Millionen Mark aufbringen, um die Interessen der projektierten Auslandsanleihe zu verteidigen. In der Praxis bedeutet das, daß nur eine Spur von Sicherheit zu haben, daß die Großlandwirtschaft jetzt endlich einmal ernstlich an die Rationalisierung ihrer Betriebe geht. Ausgerechnet bezeichnet man diese Anleihe als „Ertragsanleihe“. Sie ist in Wirklichkeit eine Anleihe gegen die Ernährung unseres Volkes. Bezeichnend ist auch

Der Plan einer Auslandsanleihe zu derselben Zeit aufstach, als bestimmte Kreise ihren Feldzug gegen die kommunalen Auslandsanleihen eröffneten. Man will den städtischen Kredit, der hauptsächlich produktiv und für die Nationalisierung verwendet wird, zugunsten der Großagraren beschneiden, die einen eventuellen Auslandskredit doch nur dazu benutzen werden, unrentable und international arbeitende Betriebe über Wasser zu halten.

Sicher muß alles getan werden, um das landwirtschaftliche Kreditwesen zu sanieren. Voraussetzung für entsprechende Maßnahmen ist aber eine grundlegende Änderung der landwirtschaftlichen Kreditpolitik, die einzig und allein in der gegenwärtigen schweren Kreditkrise geführt hat. Die landwirtschaftliche Kreditpolitik muß von dem Grundgedanken ausgehen, der Großgrundbesitz in unserem Wirtschaftsleben keine Sonderstellung einnimmt und unter keinen Umständen, wie bisher, der Großgrundbesitz mit Hilfe öffentlicher Gelder erhalten werden, wenn er auch schlecht wirtschaftet, der Betriebsleiter unrentabel ist und Ausichten auf Rentabilität nicht vorhanden sind. Die notwendige Sanierung muß vom Prinzip der Wirtschaftlichkeit und der Rentabilität getragen werden. Notwendig sind vor allem eine entsprechende Kreditkontrolle und eine wirkliche Wirtschaftsprüfung, die eine Beleihung hoffnungslos unrentabler Betriebe verhindert. Das Prinzip der Rentabilität muß bei sämtlichen Maßnahmen ausschlaggebend sein, denn nur so kann die Sanierungskrise, die dem deutschen Großgrundbesitz nicht erspart bleiben wird, zu wirklichen Erfolgen führen.

scheint, daß der Genossenschaftsgedanke bei den liberalen Bauern auf dem Lande viel stärkeren Fuß gefaßt hat als bei der städtischen Arbeiterklasse.

Trotz der Umsatzverringering und des Mitgliederrückganges kann aber von einer Krise des dänischen Genossenschaftswesens nicht gesprochen werden. Das beweist schon die Tatsache, daß die Umsatzergebnisse des Jahres 1926 immer noch über den durchschnittlichen Jahresergebnissen der Nachkriegszeit 1919 bis 1926 liegen. Dagegen geht aus der Entwicklung der dänischen Genossenschaften deutlich hervor, daß die dänische Industrie und auch die dänische Landwirtschaft allgemein noch immer schwer unter der Deflationsskriege zu leiden haben.

Tagung des Revisionsverbandes gemeinnütziger Baugenossenschaften.

Am Sonnabend und Sonntag hielt der durch die freien Gewerkschaften ins Leben gerufene Revisionsverband gemeinnütziger Baugenossenschaften in Hamburg seinen 4. Jahreskongress ab. Die Tagung war durch Vertreter Gemeinnütziger Baugenossenschaften aus allen Teilen des Reiches und durch Delegierte befreundeter Organisationen (freie Gewerkschaften und Genossenschaften) reich besetzt.

Im Auftrage des Vorstandes gab Linde Berlin einen Überblick über die Geschäftsentwicklung im vorletzten Jahre. Der Redner wies darauf hin, daß für den Revisionsverband seit seiner letzten Tagung im März 1927 in Berlin, wo die Umstellung von einer Betreuung der sozialen Baubetriebe auf eine Betreuung der gemeinnützigen Baugenossenschaften und -gesellschaften vor sich ging, bereits eine gute und gesunde Entwicklung eingetreten ist. Die Zahl der angeschlossenen Baugenossenschaften hat sich seit der letzten Tagung fast verdreifacht. Die Steigerung hätte noch viel größer sein können, wenn nicht eine vorsichtige Stebung vorgenommen worden wäre. Diese Stebung war dringend notwendig, weil der Revisionsverband es sich zur Aufgabe macht, nur solche Baugenossenschaften aufzunehmen, die wirklich gemeinnützig und gemeinwirtschaftlich arbeiten und gesunden Geist zur Förderung der Wohnungsbaulätigkeit und der Wohnungskultur besitzen. Der Verband lehnt es ab, Baugenossenschaften aufzunehmen, die mehr oder weniger nur Deckblatt für private Unternehmerorganisationen sind. Der Redner ging dann im einzelnen auf die Arbeiten des Revisionsverbandes ein, die sich nicht nur, wie bei vielen ähnlichen Verbänden, auf die Kontrolle der Mitglieder beschränken, sondern sich auf die Unterstützung der gemeinnützigen Baugenossenschaften in allen praktischen Fragen des Wohnungsbaues, seiner Finanzierung und der Wohnungsvormaltung erstrecken.

Die Tagung beschäftigte sich weiter mit den Richtlinien und Grundrissen für das künftige Arbeiten der gemeinnützigen Baugenossenschaften, die von der Versammlung angenommen wurden. Am Sonntag fand eine große Kundgebung der Gemeinnützigen Baugenossenschaften in der Hamburger Kunsthalle statt, an der sich Vertreter der preussischen und hamburgischen Behörden beteiligten. An diese Kundgebung schloß sich die Bekräftigung neuer großer, städtischer Bauten in Hamburg, Altona und Wandsbek.

Die Tagung beschäftigte sich weiter mit den Richtlinien und Grundrissen für das künftige Arbeiten der gemeinnützigen Baugenossenschaften, die von der Versammlung angenommen wurden.

Neue englische Kredite für Rußland.

Nach Londoner Pressemeldungen soll vor kurzem zwischen einer Gruppe von Londoner Banken und Holzimporteuren ein Abkommen zur Finanzierung der Holzexporte aus Sowjetrußland abgeschlossen worden sein. Es soll sich dabei um ein Objekt von 1,75 Millionen Pfund Sterling handeln. „Financial News“ hören weiter, daß die Verhandlungen über große Sowjetkredite infolge des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen abgebrochen worden waren, neuerdings wieder aufgenommen worden sind und sich bereits in einem vorgerückten Stadium befinden.

Genossenschaftswesen.

Genossenschaftsbewegung in Dänemark.

(Von unserem dänischen Mitarbeiter.)

Dänemark ist das klassische Land der Genossenschaftsbewegung, die der ganzen dänischen Wirtschaft ihren Stempel aufdrückt. Das gilt besonders für die Landwirtschaft. Wenn diese heute der Landwirtschaft der anderen europäischen Länder weit überlegen ist und wichtige Länder Europas, wie England und Deutschland, mit Butter und Molkeprodukten versorgt, so ist diese glänzende Entwicklung allein dem genossenschaftlichen Zusammenschluß zu danken. So führten die dänischen Bauerngenossenschaften zum Beispiel schon vor Jahrzehnten die Standardisierung hochwertiger Agrarprodukte durch, woran die anderen Agrarländer heute noch experimentieren.

Die Bauerngenossenschaften haben sich in Dänemark mit den Konsumgenossenschaften zu den sogenannten „Zusammenwirkenden Genossenschaften“ zusammengeschlossen. Dieser Spitzenorganisation gehören jedoch die im Besitze der Gewerkschaften befindlichen Mithingegesellschaften und die der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften gehörenden Arbeiterbank nicht an. Wie aus dem Bericht der Zusammenwirkenden Genossenschaften über den Verlauf des vorletzten Geschäftsjahres hervorgeht, konnte im Jahre 1926 ein Umsatz von 1497,4 Millionen Kronen erzielt werden. Er betrug im Jahre 1924: 2088,7 Millionen und im Jahre 1925: 2024,4 Millionen Kronen. Der verringerte Umsatz ist in der Hauptsache auf die sinkenden Butter- und Speckpreise in England zurückzuführen, wofür der größte Teil des dänischen Exports geht. Weiter spielt bei der Verringerung des Umsatzes die Deflation der dänischen Krone eine große Rolle. So erklärt es sich, daß die nach England exportierenden Genossenschaften seit 1924 ständig sinkende Gelderlöse für ihre Warenausfuhr aufzuweisen haben, während die Menge der exportierten Ware gestiegen ist.

Von dem Umsatz des Jahres 1926 entfallen 141,2 Millionen Kronen auf die Konsumgenossenschaften, 1192,2 Millionen Kronen auf die Produktions- und Verkaufsgenossenschaften der Bauern, 154,9 Millionen Kronen auf die Einkaufsgenossenschaften der Bauern und 91 Millionen Kronen auf andere Genossenschaften (Zementfabriken u. a. m.). Die Genossenschaftswirtschaft erzielt allein einen Umsatz von 575 Millionen Kronen. Der Umsatz der Butterexportvereine stellt sich auf 171,1 Millionen Kronen und der Umsatz der Genossenschaftsblätereien auf 406,1 Millionen Kronen.

Nach Lage der Dinge sind natürlich die Produktiv-Genossenschaften in erster Linie von der Umsatzverringering betroffen worden; jedoch haben auch die Konsumgenossenschaften eine Verminderung ihres Umsatzes zu verzeichnen. Dieser entspricht aber im großen und ganzen den gesunkenen Preisen der von ihnen gehandelten Artikel. Auffällig ist, daß die städtischen Konsumvereine, im Gegensatz zu den Konsumvereinen auf dem platten Lande, einen Mitgliederrückgang erlitten haben. Es

Wasserstand

14. Dezember.

Mallbor	1.16	Mantern (Unter-Regel)	2.12
Weisse (Stadt) vom 13. 12.	0.61	Toggenluth	1.44
Neufemündung (Unter-Regel)	1.50	Abflussmenge Schußlöch 0,78 ccm	
Relea (Mastentran)	2.18	Küchberg vom 13. 12.	0.62
Treischen	0.08	Wasserwärme + 0°	

Fordert in allen Kinos „Die Volkswirtschaft“

Ämtliche Devisenkurse der Berliner Börse vom 13. Dezember.

1 Pfund Sterling	20,418	100 franz. Francs	16,466
1 Dollar	4,1820	100 schwed. Kronen	12,305
100 holl. Gulden	199,78	100 Schweizer Francs	50,705
100 Belg. = 500 Franken	68,52	100 Feletas	76,28
100 norw. Kronen	111,84	100 schwed. Kronen	112,91
100 Danga-Gulden	81,62	100 holländ. Kronen	78,18
100 Lire	22,695	100 österr. Schilling	58,99
100 dän. Kronen	112,24	100 Estn.	46,85

Breslauer Produktenbörse vom 13. Dezember.

Ämtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 13. Dezember 1927 abgehandelten Preise in Reichsmark bei unvoriger Regalation (für die Nationalen gilt der Erzeugerpreis) wichtiger Breslauer in hohen Waggonladungen. Tendenz: Getreide Steig. - Hülsenfrüchte: Weiter ruhig. - Rohfutter: Steig. - Futtermittel: Fest - Milch: Behauptet.

Getreide:	13	13	Getreide (100 kg.)	13	13
Weizen (4 kg.)	25,50	25,50	Winterweizen	21,00-22,00	21,00-22,00
Roggen (7 kg.)	20,00	20,00	Einmalen	21,00-22,00	21,00-22,00
Hafer	20,00	20,00	Einmalen	21,00-22,00	21,00-22,00
Gerste gute	27,00	27,00	Einmalen	21,00-22,00	21,00-22,00
Gerste schlechte	25,00	25,00	Einmalen	21,00-22,00	21,00-22,00
Inbüllergerte	22,00	22,00	Einmalen	21,00-22,00	21,00-22,00
Einmal Winter	22,00	22,00	Einmalen	21,00-22,00	21,00-22,00

13	8	13	8	
Weizenkleie	15,50-16,50	16,50-17,50	Malzkeime	17,10-18,00
Roggenkleie	16,00-17,50	16,00-17,50	Erbsenkeime	12,25-12,75
Gerstenkleie	20,50-22,00	20,50-22,00	Wickenkeime	12,25-12,75
Leinöl	25,00-26,00	25,00-26,00	Bohnenkeime	13,60-14,20
Rapsöl	19,50-20,50	19,50-20,50	Erbsenkeime	14,25-15,00
Leinmehl	20,50-21,50	20,50-21,50	Bohnenkeime	14,25-15,00
Seimöl	26,25-27,25	26,25-27,25	Wickenkeime	14,25-15,00
Leinmehl	25,00-26,00	25,00-26,00	Bohnenkeime	14,25-15,00
Seimöl	20,50-21,50	20,50-21,50	Wickenkeime	14,25-15,00
Leinmehl	18,00-17,00	16,00-17,00	Bohnenkeime	20,75-22,25
Seimöl	17,25-18,00	17,25-18,00	Wickenkeime	20,75-22,25



Achtung vor jeder Arbeit!

Gewiß, auch andere Firmen machen gute Cigaretten. Das erkennen wir gern an, denn wir leisten Qualitätsarbeit und wissen sie zu schätzen. / Gibt es einen ehrlicheren Wettbewerb als die Bitte, unsere neue Rarität mit anderen Cigaretten gleicher Preislage zu vergleichen? Werten Sie Qualität gegen Qualität, Tabak gegen Tabak. Haben wir recht, wenn wir sagen:

Es liegt am Tabak!

Darum sind Halpaus-Cigaretten besonders gut.

Rauchen Sie bitte

Halpaus

RARITÄT

IN ORIENTALFAÇON

4 Pf.

Stadttheater
 15.30 bis geg. 17.30
 Jugenbühne, zu
 unabh. Breiten
 Hansel u. Gretel
 20 bis 22
 8. u. 10.15. Serie G
 Die
 verstellte Einfalt
 Donnerstag
 bis geg. 22.30
 „Mona Lisa“
 Freitag
 bis geg. 22.15
 8. u. 10.15. Serie H
 „Der Liebestrank“

Schauspielhaus.
 Operettenbühne.
 Tel. Stephan 38300
 Täglich 20 Uhr:
 „Eine Frau
 von
 Format“
 Sonntag 15.15 Uhr:
 „Gräfin Mariza“

Bobo-Theater
 Tel.: Ring 6774.
 Täglich 20 Uhr:
 „Schinderhannes“
 von Carl Zuckmayer.
 Sonnabend, d. 17. Dez.
 Sonntag, den 8. Dez.
 15.30 Uhr
 Zu kleinen Preisen
 Carlstadtplatz Märkte
 von Carl Bohr.

Thalia-Theater
 Tel.: Ring 6700.
 Täglich 20 Uhr:
 „Anatol“
 v. Arthur Schnitzler.
 Sonnabend, d. 17. Dez.
 Sonntag, den 15. Dez.
 15.00 Uhr:
 Zu kleinen Preisen:
 Schreierstraße 10
 von Robert Bürkner.

Liebig-
 Theater
 Täglich 20 Uhr:
 „Dyvalm-Revue“
 und 2 Varietäten.

Klanoß
 neu u. gebraucht verl. billig.
 Teilzahlungen gestattet.
 Sprechmaschinen u. Schallplatten
Martha Schmidt
 Nikolaistraße 54/55.

Parteilreunde
 kauft an Bahnhöfen,
 verlangt in Hotels,
 Restaurants, Cafés
 stets die
Volkswacht
Vermietung
 bill. Sticker-
 Einstellweise
 Straße 68.

Fahrräder, Nähmaschinen, Kinderwagen, Poppenwagen
 auch Teilzahlung
Max Adam, Klosterstraße 30/32. Telephone Ring 2875.

Möbel-Handlung (Breslau Ost)
 Es kommen folgende Möbel zum Barverkauf:
 2 Bettstellen, Eiche, mit Patent- u. Antil-Matr. 150.00
 2 Bettstellen, dunk. pol. in Pat. u. Antil-Matr. 150.00
 1 Stuhl, Schreibtisch 45.00, Schrank 25.00, 55.00,
 Sofa 35.00, 55.00, Chaiselonge, 12.00, 28.00, 38.00,
 Spiegel mit Schränkchen 22.00, Vorkiste 30.00,
 1 Post. Antilge-Matratze 22.00, Flurgarderoben
 in jed. Preislage, Wäschschrank, neu, 3teil 35.00,
 Speisezimmer, Eiche, kompl. m. Lederstühlen 375.00,
 Verkauf auch Sonntag von 2-6 Uhr zur Bräuerstraße 79.

**Mehrere Waggons
 Weihnachtsbäume**
 1 bis 3 Meter lang
 gibt prompt zum Preise von
50 Pf. pro Stück
 frei Wagon Camenz i. Siles. ab, Fracht
 bis Breslau 5 Pf. pro Baum.
 Näheres Stephan 32347/32348.

Probieren Sie
 unsere **3** Marken 6010
Jamaika-Rum 38% **3²⁰**
 42% **4²⁰**
 45% **5²⁰**
Verschnitt
 Der gew. Liter (nicht 1/2 Flasche, welche nur
 1/2 Liter enthält) mit Flasche
 Unser best. bekannt. Jamaika-Rum-Versch.
 lose vom Faß der ganze Liter nur Mark **3⁰⁰**
Gedr. Adler
 Verkaufsstellen:
 Sadowastraße 28, Gartenstr. 29 (Zum Reichsadler), Taschen-
 straße 16/17, Kölnstraße 11, Friedr.-Wilh.-Str. 27, Friedr.-
 Wilh.-Str. 32 (Hubertus), Hofstraße 14a, Antonienstr. 29
 Sternstraße 53, Dohrer Straße 5, Scheidegasse 37,
 Mathiasstraße 60, Brodau, Dahnholzhöhe 5.

Zum Fest empfiehlt pa. Rauch-
 fleisch, weiße und
 geräucherte Bratwurst, sowie alle
 Sorten Fleisch und Wurstwaren
 zu billigen Preisen.
Alfred Jusf, Schnellingerstr. 23

**10 Jahre
 Sowjetrußland**
 begreift man am lebhaftesten und
 eindringlichsten durch die Romane
Zement
 von F. Sladkow
 brosch. 2 M., geb. 2 M.
Oktober
 von Larissa Reissner
Volkswachtbuchhandlung
 — Breslau —
 Neue Grapenstr. 5.
 Neue Taschenstr. 11.

W. Pelzwaren
 Wäffe, Fräule, Schale, Mäntelbezüge, Herren- und
 Damen-Beizegen, Mägen, Hüte und Pelzfutter in
 großer Auswahl zu billigen Preisen. Anfertigung von
 Mänteln, Jaden und Pelzen sowie Umänderungen nach
 bis zum Jahre. Sonntag geöffnet.
H. Sittler, Kürschnermeister, Hegeberg 22, 1. Etg.

Brennholz
 Sämlinge, Schwarten und Anspiegel
 laufend besonders preiswert ab u. eben
N. Schöffel A.-G., M. Tschansch

Wie der Weltkrieg entstand.
 Das amtliche Aktienmaterial und
 die Randbemerkungen des Kaisers
 180 Seiten. Preis nur 60 Pf.
Volkswacht - Buchhandlung.

Zigaretten-Weihnachtspräsente
 empfiehlt in besten Qualitäten
Zigarrenhaus Hermann Pleczonka
 Nikolaistraße Ecke Büttnerstraße



**Warme, billige
 Schuhwaren**

Damen- und Herren-Kamelhaar-
 schnallenschuhe mit Filz u. guter
 Ledersohle sowie Absatzfleck, Größe
 43-46, Paar 4.50, Größe 36-42 Paar
Damen-Kamelhaarkragenschuhe
 mit Filz- und Ledersohle und festem
 Alter, Größe 36-42, Paar 4.50, 3.95
Riad.-Kamelhaarschnallenschuhe
 m. Lederkappe, Ledersohl., Absatzfleck
 Gr. 25-30 Paar 3.25, Gr. 20-24 Paar
Herren-Kamelhaarschnallenschuhe
 in guter Qualität, mit Filz- und Leder-
 sohle, Größe 43-46, Paar
mit Dam.-Kamelhaarschnallenschuhe
 m. Leders. u. Absatzfleck, Gr. 36-42 P.
Warme Damen-Hauschuhe mit
 mollen Futter, Ledersohle u. Absatz-
 fleck, mit Plüschfusse, Gr. 36-42 P.
Warme Kind.-Tuchschallenschuhe
 m. Filzsohle u. Lederkappe, in schön.
 Farben, für 1-2 Jahre, durchw. Paar 1.95

**3 Serien
 Warme Kinder-Schnallenschuhe**
 mit Lederkappe und Ledersohle, gute,
 feste Strapazier-Qualität
 Serie I Größe 21-24 1.65 Serie II Größe 25-30 1.95
 Serie III Größe 31-35 2.25



Sortziehende!
 1- bis 2-Zimmerwohnung
 gegen Abstand gesucht
Kluge & Hartisch, Herdalinstraße 8/10

**OD VERGEBUNG VON
 DRUCKSACHEN**
 GEDRUCKTEN KOPFSTÜCKEN UND STAATS
 BEHÖRDEN PARTIKULAREN GEWERK
 SCHAFTEN KRANKENKASSEN ARBEITER
 SPORT UND VERGEGENSTÄNDLICHE DR
 BUCHDRUCKEREI DER
VOLKSWACHT
 BRESLAU 8 PLATZSTRASSE 60

Schmuck-Schau
 Eine neue Ausstellung von Uhren, Juwelen,
 Gold- und Silberwaren eröffne ich heute nach
 vollzogenem Umzug meines Geschäftes in das
 zweite Nachbarhaus. o Bitte, besuchen Sie
 meine Ausstellung Gartenstraße 82, gegenüber
 Ford. Die fünfzigjährige Erfahrung meiner
 Firma bietet Ihnen beste Gewähr für Reellität
 und niedrige Preise.
Anton Berg
 Inhaber: Richard Kempe
 seit 1880

**Weihnachtsfreude
 für wenig Geld!**

Bereiten Sie durch unsere
 elegant ausgestatteten
Präsent-Kartonnagen
 guter Toilette-Seifen
 und Parfümerien
 aller führenden Firmen, sowie
 unserer bester Bekannten
 eigenen Fabrikate!
 Besonders empfehlenswerte Spezialität
 „**Streu-Stümchen**“
 in geschmackvoller Weihnachtspackung
 „**Toilette-Artikel**“
RUBA-WERKE

RUDOLPH BALHORN
 SEIFEN- U. PARFÜMERIE-FABRIK G.M.B.H.
 8 Verkaufsstellen
 am Witzge!
**Cometta
 Nachtsstöcke
 Baumkerzen**

**Buchhandlung
 Volkswacht**
 Modernes Antiquariat
 Breslau 3. Pl. Graubaustr.

Kleine Anzeigen
 sind am besten geeignet em-
 pfehlenswerte Anzeigen von Ver-
 käufern, Kaufgebern u. a.
 nur von Privat. Wo
 3 Wemige 2 Pf. 4 Wemige

Wir suchen zum 15. Januar 1928 eine
Stieforgerein
 mit Erfahrung auf allen Gebieten der Wohlfahrts-
 pflege, insbesondere Familienfürsorge, Säuglings-
 und Kleinkinderfürsorge und der Schulgesund-
 heitspflege.
 Die Anstellung erfolgt auf Privatdienstvertrag
 nach Gruppe IV der staatlichen Besoldungsordnung,
 Octavistaffe B.
 Bewerbungen mit Lebenslauf, beglaubigten
 Zeugnisabschriften, Lichtbild und ärztlichem Ge-
 sundheitsgutachten bis 1. Januar 1928 erbeten.
 Der Gemeindevorstand Klettenborf,
 Klettenborf.

Zuglamps, elektr. 4-flamm
 od. Licht verkauft Goethe-
 straße 125 L. r

Arbeitsmarkt
Glanzplättlerin
 zur Anshilfe
 sucht sofort
B. Engel,
 Malergasse 19. 1016

Vorzeichner
 für Eisenkonstruktionen, Hoch- u. Brückenbau
 die nach dem Skizzen-system fehlerfrei
 arbeiten können, für sofort gesucht.
 Bewerbungen sind unter Beifügung von
 Zeugnissen über bisherige Tätigkeit unter
 B. 139 an die Geschäftsst. d. Ztg. zu richten
 14532

Lampensystem
 Näherheiten, die beste Arbeit liefern, können sich für dauernde
 Beschäftigung melden.
Platzhauwille, Ostauer Straße 49.

Rhein. Edeltahlwerk
 sucht einen bei der Großindustrie in der
 Provinz Schlesien sehr gut eingeführten
Vertreter
 mit Sitz in Gleiwitz. Nur Herren mit
 nachweislich guten Beziehungen und lang-
 jährigen Erfahrungen im Verkauf von Edel-
 stahl betriebe ihre Bewerbungen mit B 140
 an die Geschäftshalle Dieter Ztg. einzureichen

**Das proletarische
 Mädelbuch des Jahres**
 Soeben erschien in der
 Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena
**Das Buch
 der Mädel**
 von Prof. Dr. Anna Siemsen
 Reich illustriert mit zahlreichen Bildbeigaben
 auf Kunstdruckpapier. Halbleinen RM. 2,50
 Eltern! Hier habt Ihr die schönste Weihnachtsgabe
 für Eure Kinder. Wundervolle Erzählungen—
 lebensnahe, ohne verderbliche Sentimentalität—
 schildern die Mädel und Frauen im Wandel
 der Zeiten und Völker. Das idealste Geschenk!
 Auch das selbständige Mädel sollte sich dieses
 Buch kaufen, es gibt unendlich viel.
 Zu beziehen durch:
Volkswacht-Buchhandlungen
 Neue Grapenstr. 5 + Neue Taschenstr. 11

